Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 99. Sonntag den 29. April. 1849.

Bekanntmachung.

Dienstag den 1sten Mai, Nachmittags 4 Uhr, öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Gegenstände der Berathung: 1) Wahl eines stellvertretenden Deputirten. 2) Entschädigung des rc. Schlarbaum für den eingestürzten Kanal hinter dem finstern Thor. 3) Baulichkeiten in der Theresienkirche. 4) Errichtung einer städtischen Dispensiranstalt. 5) Wahl von 20 Bezirks-Armenvorstehern.

Der Vorsteher Knorr.

Inland.

Als Ew. Königliche Majestät durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Session beriefen, geschah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derselben zur Befestigung eines gedeihlichen inneren Zustandes führen würden. Diese Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in den letzten Wochen die Verhandlungen in der zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieser Zeit von der zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse beruhen großentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauses in einer Weise den Ausschlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände war. Wir halten es nach pflichtmäßigrr Erwägung für verderblich, die Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preiszugeben.

Außerdem sind wir der Ueberzeugung, daß die zweite Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hat. Eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse finden wir in dem am 21. d. M. gefaßten Beschlusse, durch welchen die von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgültig erklärt wird, und eben so in dem Beschlusse vom gestrigen Tage, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, im Widerspruch mit dem Artikel 110. der Verfassungsurkunde für ungesetzlich erklärt, sondern auch die sofortige Aufhebung desselben gefordert wird.

Aus vorstehenden Gründen halten wir es im Interesse des Landes für nothwendig, daß die zweite Kammer aufgelöst und demgemäß, nach Artikel 76. der Verfassungsurkunde gleichzeitig die erste Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß diese Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um so zuversichtlicher hingeben, als zu unserem tiefen Schmerze die Rednerbühne in der zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden ist, Grundsätze offen zu verkünden, welche geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Verfassung und jeder gesetzlichen Ordnung vorzubereiten.

Indem wir Ew. Königlichen Majestät den Entwurf der Auflösungs-Verordnung zur Allerhöchsten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer nach Art. 49. der Verfassungs-Urkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigst vor. Berlin, den 27. April 1849.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. Freiherr von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf von Arnim. von Rabe. Simons.

An des Königs Majestät.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc.

verordnen auf Grund der Artikel 49. und 76. der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848., nach dem Antrage Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Die zweite Kammer wird hierdurch aufgelöst.

§. 2.

Die erste Kammer wird hierdurch vertagt.

§. 3.

Unser Staats-Ministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bellevue, den 27. April 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf von. Arnim. von Rabe. Simons.

Verordnung, betreffend die Auflösung der zweiten und die Vertagung der ersten Kammer.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Sanitätsrath Dr. Johann Gottlieb Schmidt hierselbst den rothen Adlerorden mit der Schleife zu verleihen, und den bisherigen Regierungsrath Sebaldt zum Präsidenten der Regierung zu Trier zu ernennen.

CC Berlin, den 25. April. Die Deutsche Reform, bekanntlich das Blatt, welches in der Deutschen Frage am entschiedensten im anti-österreichischen Sinne auftrat, hat seine Besitzer geändert und wird demgemäß auch wohl bald seine Gesinnung wechseln. Herr Milde muß sich in sehr großen Verlegenheiten befunden haben, daß er die Waffe, deren Schärfe der Erbfeind Preußens und Deutschlands so oft gefühlt hat, eben diesem Feinde für ein Paar tausend Thaler in die Hände liefern konnte. Den größten Theil der Actien der Deutschen Reform hat der Oesterreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Ritter Prokesch von Osten angekauft und das Blatt wird von nun ab, wenn auch vorläufig noch nicht direct für Oesterreich schreiben und werden, wenigstens nicht mehr gegen dasselbe zu Felde ziehen und in der Phalanx der Kämpfer für Preußen und Deutschland fehlt ein tapferer Mann. — Herr Oldenberg wird natürlich von der Redaction zurücktreten, eben so werden die Mehrzahl der Mitarbeiter sich zurückziehen, unter ihnen Harkort, von dem die Schilderungen der zweiten Kammer herrühren und der Dr. Schütte, Verfasser der Artikel über die Ungarische Armee u. a. An Stelle Oldenbergs tritt Grasemann, bisher Redacteur der Norddeutschen Zeitung in Stettin. — Man sieht übrigens, die Oesterreichische Regierung weiß die Wirkung der Presse besser zu schätzen, als unsere. Während unser Gouvernement (wir könnten Aeußerungen bedeutender Persönlichkeit dafür anführen (in Bezug auf die Presse noch vollständig auf dem Standpunkte Bodelschwinghs vor dem März 1848 steht und in Nichtachtung derselben so weit geht, daß es selbst im Inlande sich Bundesgenossen in der Presse zu erwerben verschmäht, sucht Oesterreich rüstige Kämpfer für seine Sache weit über seine Gränzen hinaus. Es ist allerdings traurig, daß es sie findet, so gut wie Rußland sie gefunden hat. Zu spät wird unsere Regierung zu der Einsicht kommen, daß die Presse weniger die Tochter als die Mutter, die Erzeugerin und Nährerin der öffentlichen Meinung ist. Mit der Presse im Bunde ist eine Regierung stärker als im Bunde mit den Bayonnetten.

— Die Nachricht unserer Zeitungen von dem Rücktritte des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten scheint der Begründung zu entbehren, da derselbe in der heutigen Sitzung der ersten Kammer noch am Ministertische gesehen wurde.

— Der neulichen Mittheilung, daß der König von Dänemark um Friede gebeten habe, können wir hinzufügen, daß nach Versicherung einer hohen Person der König von Dänemark zu dieser Bitte durch den dringenden Rath des Kaisers von Rußland veranlaßt ist. Letzterer soll jede Hülfe verweigert haben, da ihm selbst schwere Kriege bevorstehen.

R Berlin, den 26. April. Die Antwort, die der König von Würtemberg der Deputation der Ständekammer gegeben hat, bringt hier Erbitterung und Aufregung hervor. Man beklagt es, daß dieser sonst so geschätzte und einsichtsvolle Fürst sein Ohr so ganz den Stimmen der Zeit verschließt, daß er sein eigenes Volk gewissermaßen gegen sich selber in die Schranken ruft. — Der König von Würtemberg will die Verfassung annehmen mit Ausnahme der Oberhauptsfrage, er will sich nicht dem Hause Hohenzollern unterwerfen. Er faßt also die ganze Frage als eine rein persönliche auf, es handelt sich seiner Ansicht nach nicht um eine staatliche Maßregel, sondern um Verletzung persönlicher Ehrenrechte, die große Sache der Einigung und Kräftigung des Gesammtvaterlandes wird nur vom dynastischen Interesse aus betrachtet, begünstigt oder beeinträchtigt. Der König von Würtemberg erklärt, ja wenn der Kaiser von Oesterreich gewählt wäre, dann hätte er sich wohl gefügt, aber dem Könige von Preußen könne er sich nicht fügen. Abgesehen von der persönlichen Verletzung, die für unseren König in dieser Erklärung liegt, zeigt der König von Würtemberg besonders durch diese Worte, wie falsch er die ganze Sache auffaßt, wie wenig er den Sinn trifft, der die Frankfurter Versammlung bei ihrer Wahl geleitet hatte. Und doch hatten es ja genug Mitglieder der Versammlung offen und deutlich ausgesprochen, daß sie nur den mächtigsten Deutschen Fürsten wählen könnten, daß also keiner der nicht gewählten Fürsten eine persönliche Kränkung oder Zurücksetzung in dem Ausfalle der Wahl sehen dürfe. Und Gagern hatte ja anschaulich genug auseinandergesetzt, wie Preußen allein jetzt im Stande sei, Deutschland zu retten, wie Preußen daher auch die wirkliche Leitung Deutschlands gebühre und wie um deßhalb der König von Preußen gewählt werden müsse, und wie wiederum um deßhalb das Regiment auch bei Preußen verbleiben, d. h. die Kaiserkrone erblich werden müsse. Der Kaiser von Oesterreich aber hätte nicht gewählt werden können, selbst wenn die neue Oesterreichische Verfassung nicht gegeben, die Ablehnung des Volkshauses nicht ausgesprochen wäre, weil das Deutsche Oesterreich nicht einmal die extensive Größe und Stärke Preußens besitzt, viel weniger die intensive.

R Berlin, den 27. April. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht von der Auflösung der zweiten Kammer, die so eben erfolgt ist. Unter dem unmittelbaren Eindrucke eines so wichtigen Ereignisses pflegt man nicht mit voller Ruhe zu urtheilen. Darum nur Thatsachen. Auf den Gesichtszügen wie in den schnellen kurzen Mittheilungen prägt sich bei den Meisten eine andere Stimmung aus, als man erwarten sollte. Die Conservativen gerade sind es, die bedenklich das Haupt schütteln, die ängstlich in die Zukunft schauen, bleichen Gesichtes, besonders die Männer der Börse. Eben so sind es die Gemäßigten, die besonnen Liberalen, die den Schritt der Regierung beklagen und kein Heil im Gefolge dieser Politik erblicken können. Nur die Ultra's beider Parteien sind ganz einverstanden damit. Die Ultra-Demokraten reiben sich vergnügt die Hände und rufen sich die Nachricht freudig auf der Straße zu. Die Ultra-Conservativen, die Männer der Bismarkschen Farbe, die wieder sehen wollen, daß „der Gott der Schlachten seine eisernen Würfel schwinge," die schauen triumphirenden Blicks umher und sind stolz auf den neu errungenen Sieg. Es ist jetzt allerdings für die Ruhe Berlins gar nichts zu besorgen. Der Belagerungszustand ist noch in Berlin und wird jetzt um so mehr noch bleiben, Soldaten sind im Ueberfluß anwesend, erst gestern Abend 8 Uhr rückte noch ein neues Regiment, (das vierzehnte) ein, es ist eben jetzt gar nichts zu besorgen, und die in der Mittagsstunde in den belebtesten Straßen zahlreich ziehenden Piquets finden nichts zu thun. Ob aber die heraufbeschworenen Gewitter sich wieder zertheilen, und nicht unheilvoll sich entladen werden, ist eine nicht zu beantwortende Frage; hoffen wir, so lange noch ein Hoffnungsstrahl uns bleibt.

— Schon in der Sitzung der zweiten Kammer am Montage wurde es mit großem Mißfallen bemerkt, daß der Minister von Manteuffel mittheilte, der Staatsanwalt habe ihm Untersuchungsakten zu jedem beliebigen Gebrauche überlassen, da es bis jetzt in der Geschichte der Preußischen Justizverwaltung unerhört ist, daß Akten einer eingeleiteten Untersuchung aus den Händen des Gerichts in andere Hände übergeben werden. Gestern haben denn auch mehrere Redner, am entschiedensten aber Herr Waldeck, diese Ungehörigkeit von Seiten eines Justizbeamten gerügt, ohne daß der Minister v. Manteuffel Gelegenheit ergriff, solch ein Verfahren zu rechtfertigen. Um so mehr halten wir es für nothwendig, nochmals darauf zurückzukommen, denn es hängt an der Integrität unserer Gerichte das ganze Vertrauen des Volkes, und das dürfen sie nicht leichtsinnig auf das Spiel setzen.

— (Publ.) Gestern Nachmittag 2 Uhr ist auf Verfügung des Polizei-Präsidenten v. Hinkeldey die Reichardtsche Buchdruckerei in der neuen Friedrichsstraße zum zweiten Male versiegelt worden. Grund ist diesmal, das mit der Reichardtschen Druckfirma erschienene „Laternenlied" oder „Populärer Gassenhauer". Wie man hört, soll Reichardt's Firma gemißbraucht sein.

— Der vor mehreren Tagen aus der Stadtvoigtei entsprungene berüchtigte Dieb Blücher hat gestern seine Gefangenenkleidung und die mitgenommenen Sachen des Gangwärters, vermuthlich um sich gegen die Strafe des Diebstahls zu wahren, nach dem Criminalgericht bringen lassen. Als der Portier Abends die äußere Thür des Gebäudes schließen wollte, fand er auf dem Flure die Sachen in einem Packete.

Stettin, den 27. April. Es bestätigt sich aus authentischer Quelle, daß in Folge der gestern erwähnten Russischen Note, Dänemark selbst jetzt die Friedensvorschläge gemacht hat, die früher von England ausgingen und damals von Dänemark verworfen worden. Inzwischen hat Dänemark einen Waffenstillstand incl. der Blockade-Aufhebung vorgeschlagen, und zu dem Zweck schon jetzt überall die Defensive seiner Armee befohlen. (N. Z.)

Luxemburg, den 22. April. Gestern ist endlich die Einwilligung des neuen Königs der Niederlande zum Ausmarsch des Luxemburgischen Contingents eingetroffen, und soll dasselbe, bestehend in einem Bataillon, in spätestens acht Tagen ausrücken, freilich zum großen Schrecken der ausführenden Behörden, da es unverantwortlicher Weise fast an allem Nöthigen fehlt.

Schleswig, vom 24. April. Die Tapferkeit und Bravour unserer Schleswig-Holsteinischen Armee am 23. d. M., dem Jahrestage der Schlacht bei Schleswig, ist bewunderungswürdig gewesen. Mit wahrem Löwenmuth hat unsere Armee, circa 13 — 14,000 Mann stark, dem überlegenen Feinde gegenüber gestanden; jede einzelne Truppen-Abtheilung ist im Feuer gewesen. Die Hauptschlacht ist bei Vandrup geschlagen, wo das Gefecht unter den Brigadiers O. Baudissin und Sachau mehrere Stunden unentschieden stand. Die Höhe vor Kolding wurde indessen von einem unserer dort kommandirenden Brigadiers gehalten und nachdem Kolding im Sturm wieder genommen, fielen die Unserigen dem Feinde in die Flanke und entschieden die Schlacht zu unsern Gunsten. Eine Menge Gefangene sind in unsere Hände gefallen, außerdem eine nicht unbedeutende Anzahl von Husarenpferden erbeutet. Die erste Brigade und die Kavallerie verfolgt den geschlagenen Feind.

Diesen Morgen zwischen 7 und 8 Uhr ist Orla Lehmann hier als Gefangener eingebracht. Wer könnte das Walten der Nemesis verkennen; erst wird das mächtige Linienschiff „Christian VIII." von einigen wenigen Kanonen einer Strandbatterie gefällt, dann geräth der Mann in unsere Hände, welcher den Schleswig-Holsteinern mit blutiger Schrift auf den Rücken schreiben wollte: „Danmark indtil Eideren."

Ueber das Gefecht bei Kolding noch folgende Nachrichten nach der Aussage der Ordonnanz, die Orla Lehmann hierherbrachte: „Als Orla Lehmann, der damit beschäftigt war, den Landsturm aufzuregen und die Einwohner Koldings gegen die Schleswig-Holsteiner aufzureizen, vor Bonin geführt wurde, hat dieser auf das Schlachtfeld und das brennende Kolding hinweisend, ihm zugerufen: das, Herr, haben Sie auf Ihrem Gewissen! . . — Selbst aus Christiansfeld hat man am Schlachttage noch Kanonen im gestreckten Galopp herbeigeholt. Die Artillerie ist ausgezeichnet bedient worden und hat große Wirkung hervorgebracht, besonders sollen die Dänischen Husaren durch sie gelitten haben.

Hamburg, 26. April. Für 12,000 Mann Preußen ist in Hadersleben Quartier angesagt. Hiermit sind alle die Gerüchte, daß die Preußen Ordre haben, nicht in Jütland einzurücken, aufs Bündigste widerlegt, 63 Verwundete wurden gestern nach Hadersleben gebracht. Ueber die Zahl der Verwundeten und Todten unserer Seits wissen wir noch nichts Bestimmtes. So viel steht fest, daß dieselbe nicht unbedeutend sein wird. Unsere Artillerie hat 50 Pferde verloren. Ein Schreiben aus Christiansfeld berichtet, daß die Unsrigen bis Veile patrouillirt haben, aber nirgends den Feind gefunden. Man muthmaßt, daß er sich nach Fridericia, woselbst mehrere Truppen von Alsen übergeschifft worden sind, zurückgezogen und daselbst den Angriff der Deutschen erwartet, der vielleicht schneller, als man glaubt, erfolgen wird.

Frankfurt a. M., den 23. April. Wir erfahren so eben, daß der Abgeordnete Lehne an dem Landtage zu Darmstadt einen dringlichen Antrag gestellt hat. Er geht dahin: „Die Großherzogliche Regierung zu ersuchen: der vollendeten Thatsache des Bestehens einer rechtsgültigen Reichsverfassung die vollendete Thatsache des begonnenen Vollzugs derselben ohne Säumen anzureihen, sofort: 1) das Militair und die Beamten auf die Reichs-Verfassung beeidigen zu lassen; 2) der Centralgewalt und Nationalversammlung die ausdrückliche Erklärung zukommen zu lassen, daß denselben die Reichstruppen des Großherzogthums Hessen für kräftigere Durchführung der Verfassung zu unbeschränkter Verfügung stehen."

Der Rest der Oesterreichischen Abgeordneten in der Paulskirche hat, bis auf sechs bis acht derselben, schon vor der heutigen Versammlung sich entschlossen, nur den jetzt obschwebenden Verhandlungen noch beizuwohnen und dann auszutreten.

— Die „Frankfurter Zeitung" berichtigt heute die über Hrn. v. Schmerling in den Zeitungen verbreiteten Gerüchte dahin, daß sie sagt, Herr v. Schmerling sei weder in Berlin noch in Stuttgart, sondern er sei nur zwei Tage von hier in Karlsruhe gewesen, woselbst er dem Großherzog für die ihm gewordene Uebersendung der Insignien des Hausordens der Treue seinen persönlichen Dank ausgesprochen habe.

Frankfurt, den 24. April. Die verfassunggebende Versammlung für den Freistaat Frankfurt hat gestern Nachmittag die Berathung der Verfassung begonnen, und den ersten Abschnitt „von der Regierungsform" erledigt. Die angenommenen Artikel lauten: Art. 1. Frankfurt ist ein demokratischer Freistaat. (In namentlicher Abstimmung mit 80 gegen 23 Stimmen angenommen.) Art. 2. Der Freistaat Frankfurt bildet einen selbstständigen Einzelstaat des deutschen Reichs. Die für sämmtliche Einzelstaaten erlassenen Bestimmungen des öffentlichen Rechts des Deutschen Reichs sind zugleich ein Theil des Verfassungsrechts des Freistaats Frankfurt. Art. 3. Die Staatsverfassung beruht auf den Grundsätzen der Volkshoheit und Volksvertretung. Die Volkshoheit steht der Gesammtheit der Staatsangehörigen zu. Art. 4. Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die verfassungsmäßig bestimmte Weise ausgeübt. (Art. 2., 3. und 4. sind einstimmig angenommen.)

— Die „Frankf. Ober-P.-Ztg." begleitet die ihr aus sicherer Quelle zugegangene Nachricht, daß Herr Camphausen, sobald ihm die Erklärung des Ministers Brandenburg vom 21. d. Mts. bekannt geworden, seine Entlassung genommen, mit folgenden Worten: „Es freut uns, daß dieser gewichtige Mann sich von einer Politik lossagt, welche Preußen mitsammt Deutschland ins Verderben führen müßte. Ein solches Lossagen aber wird wohl gehörigen Ortes ein nicht zu übersehender Fingerzeig sein, welchen Weg man nun endlich einzuschlagen habe. Ueberhaupt sind wir der Meinung, daß es in Berlin zu dem jetzt eingetretenen Wendepunkt hat kommen müssen, ehe eine heilsame Krisis eintreten konnte, die wir näher glauben als je, sobald nur das Preußische Volk selbst, gleich dem Würtembergischen, es am rechten Gebrauch seiner gesetzlichen Organe nicht fehlen läßt."

Frankfurt a. M., den 24. April. 205. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung. Unmittelbar nach Eröffnung theilte Präsident Simson ein Schreiben des Präsidenten der II. Würtembergischen Kammer nebst dem Beschlusse der letztern vom 22. April mit. Die Verlesung wurde mehrmals durch Beifallsäußerungen unterbrochen Gleich darauf brachten die Abg. Fetzer und Vischer folgenden dringlichen Antrag ein: 1) Die Würtembergische Kammer der Abgeordneten, insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, sowie das Würtembergische Volk überhaupt entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der Deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der Deutschen Nation; 2) von dieser Erklärung wird durch Vermittelung des Präsidiums jener Kammer der Abgeordneten diese selbst sowie das Würtembergische Volk in Kenntniß gesetzt." Die Versammlung erkannte mit großer Mehrheit die Dringlichkeit des Antrags und nahm ihn ohne weitere Debatte an. (Beifall.) Nach Verkündigung einiger Flottenbeiträge fuhr man sodann in der gestern abgebrochenen Berathung des Berichts des Dreißiger-Ausschusses fort. Der erste Redner, Abg. Vogt, knüpfte an den eben gefaßten Beschluß an als einen Beweis, daß die Ereignisse zu einmüthigen Beschlüssen drängen, und daß diese im Momente der Erregung gefaßt werden müssen, um das Volk zum Handeln zu begeistern. Sodann vertheidigte er seine Partei gegen den Vorwurf der Inconsequenz, weil sie jetzt das von ihr früher bekämpfte Erbkaiserthum vertheidige. Sie handle hier eben nach dem stets von ihr befolgten Grundsatze, die Beschlüsse der Mehrhet zur Geltung zu bringen. So habe sie auch der Centralgewalt, obgleich dieselbe unverantwortlich gemacht und nicht zum Vollzuge der Beschlüsse der National-Versammlung verpflichtet worden (eine Unterlassung, die sich jetzt schwer räche), die nöthige Kraft zu verschaffen gesucht. So habe sie die, obgleich keineswegs ganz nach ihrem Sinn ausgefallenen Grundrechte durchzuführen und im Volke zu verbreiten gesucht, während die Mitglieder der Rechten ihre Exemplare im Schranke modern ließen, und die Bürger von Stadtprozelten (Bassermann's Wahlort) sich an die Linke um Mittheilung der Grundrechte wenden mußten. In gleicher Art habe die Mehrheit der Linken auch jetzt sich für unbedingte Durchführung der Verfassung erklärt, nachdem sie von der Mehrheit im Namen des souverainen Volks beschlossen worden. Er und seine Freunde seien für die Verfassung, nicht weil, sondern obgleich sie den Erbkaiser enthalte. Das Volk würde in dieser Verfassung den Boden erblicken, auf dem man weiter gelangen könne, die erste Sprosse auf der Leiter, die zur republikanischen Spitze führe. Man müsse aber auch die Verfassung unverändert festhalten, denn in die erste Oeffnung würden 34 fürstliche Hände sich legen und das Loch zu einem klaffenden Risse erweitern; darum solle man das Volk aufrufen, die Verfassung zu vertheidigen, sei es durch legale oder sogenannte illegale Mittel. Der Redner wirft der Majorität vor, daß sie durch ihre Zähigkeit für den Erbkaiser eben nichts als den Erbkaiser erreicht, weder die Freiheit des Oesterreichischen und Preußischen Volks gerettet noch das Ministerium Manteuffel beseitigt habe. Man dürfe nicht unthätig bleiben und sich unter einen grünen Weidenbusch setzen und beschließen, nichts zu thun. Der Redner geißelt dann die Badische Regierung wegen der Clausel, die sie bei Anerkennung der Verfassung gemacht, und verlangt, daß die eigenmächtige Zurückziehung der Würtembergischen Truppen aus Baden an dem Schuldigen, sei es auch ein Prinz, von Reichs wegen bestraft werde. Die Erklärung des Königs von Würtemberg, sich dem Hause Hohenzollern nicht unterworfen zu wollen, erscheint ihm als der Ausfluß jenes Königthums von Gottes Gnaden, das ganz und gar vergesse, wie es seine Krone nur einem Sprößling der Volkssouverainetät (Napoleon) verdanke. In Baiern, Sachsen, Hannover sei das Volk, trotz früherer Antipathien gegen das Erbkaiserthum, für die Annahme der Verfassung. Und in diesem Augenblick ernenne die Baierische Regierung einen Minister des Aeußern, der in Sachsen abtreten mußte, weil er die Grundrechte nicht anerkennen wollte! Und die Kammern vertage man, weil die II. Kammer sich mit 100 gegen 40 Stimmen für die Verfassung erklären würde. Ueberall sind es also die Regierungen und nicht die Volksstämme, die sich der deutschen Einheit widersetzen. Auch in Preußen werde trotz der neuesten Kammervotums das Ministerium Brandenburg-Manteuffel nicht abtreten, sondern trotz der Kammern mit Hülfe von Bajonneten regieren.

Schließlich empfiehlt der Redner seine und seiner Partei Vorschläge: eine Regentschaft (da die bisherige Exekutivgewalt durch die Stellung ihres Trägers zu Oesterreich unmöglich geworden), Beeidigung des Heeres und der Beamten auf die Verfassung, Aufruf an das Volk und Errichtung einer bewaffneten Macht, wenigstens des Kerns einer solchen Wenn die Nationalversammlung nicht zu jenen Maßregeln greifen wolle, müsse sie die Durchführung der Deutschen Verfassung den gegen Habsburgische Uebermacht siegreich kämpfenden Ungarn überlassen. (Lebhafter Beifall von der Linken.)

Abg. Plathner meint, die Nationalversammlung würde durch übereilte und schiefe Maßregeln die Sympathie der Nation verlieren. Er will nur gesetzliche Agitation. Der Wille und der Geist der Nation sind ihm die einzigen möglichen Hebel für die Durchführung der Verfassung. Die Antwort des Königs von Preußen betrachtet er keineswegs als eine ablehnende, und hofft, daß ein Ministerium in Preußen an die Spitze treten werde, welches die Interessen Preußens und Deutschlands besser erkenne, als das Ministerium Brandenburg, das er ein Unglück für Preußen und Deutschland nennt. — Abg. Wichmann dagegen meint, die Zeit des Zögerns sei vorüber. Mäßigung habe die Nationalversammlung im Uebermaße bewiesen, und Uebereilung sei in Deutschland unbekannt. Er beklagt die Verblendung des Hauses Hohenzollern, das wieder den günstigen Augenblick versäume und Dasjenige, wonach Friedrich der Große vergebens gestrebt, und was ihm jetzt auf dem Präsentirteller geboten wurde, verschmähe.

Abg. M. Mohl findet die Antwort des Königs von Preußen entschieden ablehnend, und fragt, wem man denn jetzt die Kaiserkrone anbieten wolle? Wie viele Fußtritte man denn noch erhalten wolle? Sein Antrag geht dahin, die Oberhauptsfrage wieder als offene Frage zu behandeln.

Die Linke hatte schon nach dem Abg. Plathner und dann bei jedem neuen Redner den Schluß beantragt, jedoch ohne Erfolg, dafür wurde nun, während viele Mitglieder der Linken sich entfernt hatten, die Vertagung von der Rechten beantragt und durchgesetzt, obgleich es kaum 12½ Uhr war. Minister v. Gagern erklärte noch: In der Antwort Sr. Maj. des Königs von Würtemberg an die Abgeordnetendeputation, welche die heutigen Blätter gebracht haben, wird gesagt, daß ich mit Hrn. Camphausen über Abänderungen der deutschen Verfassung in Unterhandlung getreten sei. Ich weiß nicht, aus welcher Quelle Se. Maj. diese Nachricht geschöpft hat. So viel aber weiß ich, daß weder Hr. Camphausen, den ich als einen Ehrenmann hochachte, noch ich die mindeste Veranlassung zu dieser Nachricht gegeben haben. Hr. v. Gagern wiederholt bei dieser Gelegenheit den Ausdruck seiner unerschütterlichen Ueberzeugung, daß die Verfassung, wie sie endgültig beschlossen und verkündet, so auch unangetastet zu bewahren sei. (Beifall)

Frankfurt a. M., den 25. April 206te Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Abgeordneten Kierulff erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen.

Die Sitzung wird um halb 10 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Minister-Präsident von Gagern, Kriegsminister von Peucker, die Unterstaatssekretaire Bassermann, Fallati und Mathy. Abgeordneter Albert fragt das Reichsministerium des Krieges, welchen Erfolg die Sendung des Offiziers gehabt habe, der nach einer neulichen Beantwortung der Interpellation Simons von Trier durch den Reichskriegsminister nach Würtemberg abgesendet wurde, um sich über die näheren Umstände des Abmarsches der Würtembergischen Reichstruppen aus Baden zu erkundigen? Hierauf giebt Reichskriegsminister von Peucker folgende Erklärung: Der Stabsoffizier des Reichskriegsministeriums, welcher zu der im Badischen Oberlande im Reichsdienste aufgestellten Würtembergisch-Badischen Division entsendet worden ist, hat bei seiner Ankunft daselbst gefunden, daß auf den Grund eines Befehls Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich von Würtemberg (Oh!), welcher seither als Kommandirender des 8. Armeekorps eine Zwischeninstanz zwischen der Centralgewalt und Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Karl von Bayern, dem Oberbefehlshaber des 7ten und 8ten Armeekorps, bildete, die Königlich Würtembergische Brigade seit dem 18ten d. M. ihre bisherigen Stellungen im Badischen See- und Ober-Rheinkreise verlassen und eine Aufstellung längs der Würtembergischen Grenze bezogen hatte, und daß derselben der Rückmarsch nach Würtemberg in Aussicht gestellt war. Der gedachte Stabsoffizier hat den ihm für einen solchen Fall ertheilten Instruktionen gemäß, dem Königlich Würtembergischen Befehlshaber jener Division die Aufforderung überbracht, die Königlich Würtembergische Brigade sofort in die den seitherigen Anordnungen der Centralgewalt entsprechenden und ohne deren Vorwissen verlassenen Stellungen zurückzuführen, da keine im Reichsdienste aufgestellten Truppen ohne Vorwissen und Genehmigung der Centralgewalt den ihr von letzterer gegebenen Bestimmungen eigenmächtig entzogen werden dürfen. (Bravo.) Dieser Aufforderung ist von dem Divisions-Befehlshaber sogleich entsprochen worden, und wird die nähere Veranlassung zu jenem Befehlskonflikt durch weitere Verhandlung aufgeklärt werden. (Bravo!)

Unter-Staaats-Sekretair Mathy empfiehlt nachstehenden Antrag von Schubert*: Was die Minderheitsanträge anlangt, so lehnt es Herr Mathy ab, daß ein Aufruf an das deutsche Volk erlassen werde. Der Beschluß der Versammlung werde anstatt eines solchen Aufrufs dienen. Auch nicht für eine Regentschaft kann er sich erklären. Die Centralgewalt habe noch keinen Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß sie die Versammlungsbeschlüsse nicht vollziehen werde. Das Ministerium sei entschlossen, mit der Verfassung zu stehen und zu fallen. (Bravo.) Habe der Reichsverweser nicht auch die Grundrechte unterzeichnet und das Wahlgesetz? Die Worte des verdienten Lobes, die Herr Mathy an die Erwähnung der verehrten Personen des Erzherzogs Johann knüpft, werden von dem lebhaften Beifalle der Versammlung begleitet, so wie auch der Schluß von Herrn Mathy's Rede einen andauernden allgemeinen Applaus des Hauses zur Folge hat.

Reichensperger kommt wieder auf dieselben Vorschläge und Argumente, also auf die Ablehnung der Kaiserwürde durch den König von Preußen, auf Oesterreich und das Direktorium zurück. Für den Redner ist die Trennung Oesterreichs wesentlich von Deutschland verschuldet worden: Wir haben ihm den Fehdehandschuh vor die Füße geworfen. Venedey hat feierlich erklärt, daß er keinen Augenblick auf seinem Abgeordnetenplatze bleiben werde, sobald die Oesterreicher gegangen. Aber Venedey sitze da,

---

*) Nr. 1 wie der Ausschuß.

2) Die Reichsversammlung beschließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichs-Verfassung noch nicht erklärt haben, a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichs-Verfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen; b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kundzugeben in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Stände-Versammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichs-Verfassung zur Anerkennung gebracht sein wird.

3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die bevorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichs-Ministeriums über den Erfolg.

Nr. 4. wie der Ausschuß.

und die Oesterreicher seien fort (Widerspruch von der Linken. Venedey vom Platze: Ich laufe nicht fort mit denen, die von uns fortlaufen) An das Wort „niemals", welches ein Staatsmann „niemals" gebrauchen müsse (Gelächter), schließt der Redner Bemerkungen sehr unterhaltender Art über das Ministerium Brandenburg, über den König von Preußen, über die Octroyirungsgefahr und über den Grundsatz, daß, wer sich auf die Gewalt stelle, die Gewalt auch über sich ergehen lassen müsse.

Schriftführer **Karl Biedermann** giebt als Mitglied der nach Berlin entsendeten Kaiserbotschaft Auskunft über die Umstände und Voraussetzungen, unter welchen die Erklärung der Deputation abgefaßt wurde. Nicht das Direktorium oder Aehnliches, sondern einzig die Föderativ-Republik würde, wenn das Erbkaiserthum nicht durchzusetzen wäre, nach der Ansicht des Redners übrig bleiben. (Auf eine Bewegung zur Linken:) Ja, meine Herren, die Republik! Man hat mir vorgeworfen, ich sei ein Republikaner gewesen und dennoch zu den Erbkaiserlichen übergegangen. Ich habe aber stets nur einen einzigen politischen Hauptzweck im Auge gehabt, das ist die Einheit und Macht des Vaterlandes, und dieses Ziel erstrebe ich mit allen Mitteln! (Beifall.)

v. **Bally** ist der Meinung, daß „Se. Majestät nicht habe ablehnen wollen, und doch nicht habe annehmen können." Das preußische Volk hat keine Sympathie für das Erbkaiserthum. Denn es will „kein Kleindeutschland nicht!" (Gelächter.) Es gelingt Herrn v Bally nicht, den überaus heiteren Eindruck wieder zu verwischen, den sowohl die Form als der Inhalt seines Vortrags hervorbringt. Herr v. Bally erklärt sich als für den einzigen annehmbaren ehrlichen und möglichen Vorschlag — für das Sondererachten der Herren Reichensperger und Detmold. „Hüten sie sich", so endet er, „für das „niemals"! „Vor" berichtigt lachend die Linke.

Unter-Staats-Sekretair Herr **Bassermann** weist auf die Erfolge hin, die der „gesetzliche" Widerstand bereits in Würtemberg errungen. Von den gesetzlichen Maaßregeln dürfe die Versammlung nicht zu anderen vorschreiten. Wie die einzelnen Volksstämme ihre Bewegung zur Durchführung der deutschen Sache einrichten wollen, das ist ihnen selbst ohne Vorschriften von unserer Seite und mit Vertrauen zu überlassen.

Löwe von Kalbe: Ich bin der Ueberzeugung, daß wir sogleich handeln müssen. Sie haben die Macht nicht in Ihre Hände bekommen, weil Sie die Konflikte mit den Einzelregierungen vermieden haben. Hätten Sie hingegen z. B. den malmöer Waffenstillstand verworfen, so wäre Wrangel in Schleswig geblieben und in Berlin und Wien hätte keine Contre-Revolution stattgefunden. (Zustimmung von der Linken.) Der Oktober-Aufstand in Wien war keine deutsche Bewegung, sagen Sie. Ihre Politik wäre es gewesen, diesen Aufstand zu einer deutschen Bewegung zu machen, und Sie würden Oesterreich damit erobert und behauptet haben.

Wien, den 25. April. Die ganze Stadt befindet sich in einer fieberhaften Aufregung, in banger Erwartung sieht man den nächsten Berichten vom Kriegsschauplatze entgegen. Viele Familien verlassen bereits Wien, um ihr Heil in weiter Ferne zu suchen; denn es ist nicht so ganz unwahrscheinlich, daß ein Corps der Magyaren nächstens vor unsern Mauern erscheinen dürfte. Wien ist und war keineswegs pacifizirt, sondern bloß terroristisch darniedergedrückt; mächtig sind hier die demokratischen Elemente, welche sich beim fortschreitenden Waffenglücke der magyarischen Armee wieder Geltung zu verschaffen suchen. Die Sensation ist so groß, daß bereits zur Beruhigung der Einwohner mehrere Kundmachungen und Aufforderungen von Seite des Gouvernements erlassen worden sind; selbst **Welden** läßt vom Kriegsschauplatze seine Stimme „an die loyalen Wiener" erschallen. Die militairischen Gewalthaber scheinen es nunmehr zu bereuen, was sie an Wien verübt haben, daß sie die Bitte um Milde und Schonung überhörten, vielmehr nach Willkür mit unglaublicher Strenge schalteten.

Wien, den 25. April. Die Concentrirung der ganzen, unter unmittelbarer Leitung des F. Z.-M. Welden stehenden Armee soll noch heute vollständig zu Stande kommen; dennoch wird die Meinung, daß es zu einer entscheidenden Schlacht in den nächsten Tagen kommen würde, durch eine vom vorgestrigen Tage datirte Proklamation Welden's an die Wiener widersprochen, indem derselbe nicht Alles „auf eine Karte setzen zu wollen" scheint. — Als verbürgt ist die in der Nacht eingelaufene Kunde eines Sieges des F.-M.-L. **Wohlgemuth** über General Görgey anzuzeigen. — Man versicherte auch mit großer Bestimmtheit, daß eine Bombe nach Komorn gefallen sei und durch das dadurch verursachte Auffliegen einer Pulvermine eine so starke Beschädigung der Festung verursacht worden sei, daß man sich der Hoffnung einer baldigen Uebergabe überlassen könnte: jedoch wird diese Nachricht noch sehr in Zweifel gezogen. — Der Befehl zur **Ausweisung der Ausländer** wird ziemlich streng vollführt, und in Folge dessen sind bereits viele abgereist. — Die Fürstin C—z—n hat von der Russischen Regierung die Weisung erhalten, bei Verlust ihrer Güter Wien binnen 8 Tagen zu verlassen und nach Rußland zurückzukehren.

Kammer-Verhandlungen.

35ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 25. April.
Präsident: Grabow.
(Schluß.)

Philips (für den Antrag): Die Frage ist so wichtig, daß sie mit der ganzen Leidenschaftslosigkeit einer ernsten Prüfung unterworfen zu werden verdient, und es scheint mir dies um so nöthiger, als der Herr Minister des Innern durch seinen Enthüllungseifer die Leidenschaften auf das Manigfaltigste erregt hat.

Der Minister hat uns aber für seine Enthüllungen keine Beweise angeführt, und ich kann nicht umhin, meine Verwunderung darüber auszusprechen, daß der Minister uns heute Aktenstücke mitgetheilt hat, deren Aechtheit zu prüfen wir nicht im Stande sind. Weshalb hat sie der Kommissarius nicht der Kommission vorgelegt? Es entsteht der Verdacht, daß man dadurch einen überraschenden Einfluß hat üben wollen, und wir haben es ja auch schon an dem vorigen Redner gesehen, daß dies der Fall gewesen ist.

Man sagt, Handel und Gewerbe blühten jetzt, während im vorigen Jahre Gras auf den Straßen Berlins gewachsen sei. Aber nur der kann dies behaupten, der die Verhältnisse nicht kennt; Einzelne mögen Vortheil von dem Belagerungszustand gehabt haben, aber Hunderte und Tausende dafür darben. Zum Schluß erinnere ich Sie an die Art, wie jüngsthin die Frankfurter Deputation, ich kann nicht sagen behandelt, sondern mißhandelt worden ist. (Bravo auf der Linken.) Es waren die Abgesandten der Vertreter der gesammten deutschen Nation, welche dem Könige die wichtigste Krone der Christenheit überbrachten, es durften ihnen keine deutschen Fahnen entgegenwehen, und als ein Theil des Volks ihnen Abends eine Nachtmusik bringen wollte, mußte dies im Hofraum des Gasthofs geschehen. Wären es Gesandte irgend eines Königs, und wenn auch einer neuseeländischen Majestät gewesen, man hätte es dem Volke gewiß gestattet, ihnen entgegenzujubeln. Wenn Sie die Schmach nicht fühlen, die hierin liegt, so muß ich freilich die Hoffnung aufgeben, den Belagerungszustand aufgehoben zu sehen. (Bravo auf der Linken.)

Ziegler (gegen den Antrag): Nach dem 31. Oktbr. trat eine vollkommene Ruhe in der Hauptstadt ein, die Attroupements verschwanden; am 2. November wurde das jetzige Ministerium angekündigt, die National-Versammlung protestirte gegen dasselbe, die Hauptstadt nahm den größten Antheil hieran, aber sie blieb ruhig. So vergingen acht Tage, dann erschienen die Minister unbewaffnet und ohne militairische Bedeckung in der National-Versammlung, um sie zu vertagen.

Die National-Versammlung wußte damals noch nicht, was wir heute zu unserer Ueberraschung durch den Minister des Innern erfahren haben, daß wir in jener Zeit noch in keinem konstitutionellen Staate lebten. Nun, meine Herren! hätte die National-Versammlung damals dasselbe geglaubt, so hätte sie ja auf den Gedanken kommen können, sie stehe auf dem revolutionären Standpunkt. Sie hätte auf den Gedanken kommen können, sich sofort zum Gerichtshofe zu konstituiren und die Minister festzuhalten. Aber die National-Versammlung entließ die Minister; daß Volk ließ sie ungehindert in ihre Hotels gelangen, und ich denke, meine Herren, es giebt keinen bessern Beweis für die damalige Ruhe und Loyalität Berlins, als diese einfache Thatsache.

Am 10. November rückten die Truppen ein. Das Gerücht durchflog die Stadt, der General v. Wrangel habe bereits in der Deckerschen Buchdruckerei Plakate drucken lassen, welche mit den Worten anfingen: „Die blutigen Exzesse, welche beim Einrucken der Truppen stattgefunden." Es ging ferner das wahnwitzige Gerücht: General von Wrangel habe geheime Vollmacht, den Präsidenten und mehrere andre Mitglieder der National-Versammlung standrechtlich behandeln zu lassen. Dennoch blieb Berlin ruhig.

Am 12. wurde der Belagerungszustand proklamirt und zwar **Abends bei Trommelschlag**, eine gewiß gefährliche Prozedur! Sie ging jedoch ohne Unheil vorüber.

Jetzt, meine Herren! muß ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf die Proklamationen des General v. Wrangel lenken. Ohne Weiteres wurden Versammlungen von mehr als 20 Personen und alle politischen Vereine verboten; die Presse ward der Censur des Polizei-Präsidenten unterworfen, die unterlassene Meldung von Fremden mit „standrechtlicher Behandlung" bedroht, Blätter wurden suspendirt, Buchläden geschlossen, Haussuchungen und Arrestationen vorgenommen; ja, General von Wrangel stellt ein neues Civilrecht auf; denn wenn es auch im Kriege zweckmäßig sein mag, für jedes Haus in Pommern ein Dorf in Jütland brennen zu lassen, so ist es doch zu stark und zu kühn, wenn der General ohne Weiteres verordnet: Die Stadt Berlin hafte für allen Schaden, welcher bei einem offenen oder bewaffneten Widerstande gegen die bewaffnete Macht an öffentlichen und Privat-Eigenthum verübt werde.

Der General v. Thümen geht noch weiter. Er hebt ohne Weiteres das bestehende Tumultgesetz auf und verordnet, daß die Truppen schon dann, wenn sie nur **verhöhnt** werden, von der Schußwaffe in ihrem ganzen Umfange Gebrauch machen sollen.

Noch mehr! man entwaffnete die Bürgerwehr! —

Die Bürgerwehr mag manchen Fehler begangen haben; die Schuld davon lag ersichtlich an den reaktionairen Führern; das aber wird ihr Niemand absprechen, daß sie der Sache der Freiheit und der gesetzlichen Ordnung mit der größten Hingebung gedient hat. Und zum Dank dafür hat man ihr die Waffen genommen und die Hauptstadt in Belagerungszustand erklärt! Die Verfolgungen aber, die Korruption, die Denunziantenwuth, die man im Lande hervorgerufen, nennt man eine rettende That. — Wenn ich diesen Zustand betrachte, werde ich stets an die Worte des großen Annalisten erinnert, die er einem römischen Tyrannen in den Mund legt: „ut se sentiant mori," sie müssen behandelt werden, daß sie empfinden, wie sie geistig abgeschwächt werden und leiblich zerbröckeln." So will man auch Berlin behandeln, daß es die Schwungkraft seines Geistes verliere. Darum hat man seine Presse unterdrückt und seine Vereine zerstört; auch Berlin soll empfinden, wie es geistig zerfällt und materiell zerbröckelt, weil es gewagt hat, den Absolutismus zu brechen.

Naumann (für das Amendement Wentzel): Das Gesetz, welches wir gestern angenommen, ist noch nicht rechtskräftig, und die Kammern bedürfen des Schutzes. Es ist möglich, daß die Gefahren, welche man fürchtet, nicht eintreten; aber auch gegen die bloße Möglichkeit müssen wir uns schützen. Die Volksversammlungen dienen nicht selten zu aufreizenden Zwecken. Auch andre Parlamente haben dies anerkannt und sich durch Gesetze dagegen geschützt. — Es ist oft geäußert worden, wir seien die Wahrer der Volksrechte. Wir sind dies allerdings, aber wir müssen zuerst unsre eigne Freiheit wahren; denn ohne **unsere** Freiheit ist **überhaupt keine** Freiheit möglich. (Lebhafter Beifall.)

Der Justizminister: Ich erkenne an, daß der Gegenstand nicht vollständig durch Gesetze geregelt ist, aber es fehlte auch nicht an Anhaltspunkten für das eingeschlagene Verfahren. Sieht man auf die Verhältnisse anderer Länder, so findet man, daß der Belagerungszustand solcher Art, wie hier in Rede ist, auch dort ohne Genehmigung der gesetzgebenden Gewalt verhängt werden kann. Ein diesen Gegenstand betreffendes Gesetz wurde in Frankreich am 16. Juli 1791 erlassen und legte die Macht dieser Maßregel ganz in die Hände des Königs, der sie durch das Ministerium üben konnte. Im Jahre 1797 wurde allerdings eine Mitwirkung der legislatorischen Gewalt dazu gefordert, aber das Edikt ward auch schon wenige Tage nachher abgändert und die Macht dem Direktorium überwiesen. Eben so verleiht ein Dekret aus dem Jahre 1814 sie dem Könige, und dieses Dekret ist auch jetzt noch in Kraft. In Belgien wurde durch ein Dekret vom Jahre 1811 dem Landesherrn das Recht eingeräumt, den Belagerungszustand im Frieden zu verhängen, und so ist derselbe auch im Jahre 1831 über Gent verhängt worden und hat bis zum März 1832 gedauert. Das Postulat, daß die gesetzgebende Gewalt den Belagerungszustand sanktioniren müsse, ist also kein nothwendiges.

Abgeordneter **Hildenhagen** (für den Waldeck'schen Antrag): Der Redner geht ebenfalls auf den Rechtspunkt bei Verhängung des Belagerungszustandes ein, den er als eine fortlaufende Rechtsverweigerung bezeichnet. Er erwähnt hierbei der Haussuchung, welche am 30. Novbr. in seiner unter den Linden Nr. 62 gelegenen Wohnung stattgefunden, während er selbst nicht zugegen gewesen. Alle seine Beschwerden seien erfolglos gewesen. Oeffentliche Blätter hätten berichtet, daß ihm bei dieser Gelegenheit 5000 Thaler entwendet worden; dies sei zwar nicht richtig, wohl aber seien ihm Papiere verloren gegangen, die den höchsten persönlichen Werth für ihn gehabt.

Der Redner führt hierauf der Kammer ein doppeltes Bild vor. In dem einen schildert er, wie die preußischen Truppen die Schanzen der Dänen erstürmen. Getrost schreibe er unter dieses Bild: „Ruhm des preußischen Heeres." Auf dem zweiten Bilde werden dieselben Truppen dazu gebraucht, Hand anzulegen an die Vertreter ihres Volkes und den Bürgern die Waffen zu entreißen, die sie sich erkämpft. Dieselben Truppen, fährt der Redner fort, sind dahin gebracht — Sie wissen es nicht, meine Herren! aber **wir** haben es gesehen — dieselben Truppen sind dahin gebracht, daß sie den Blick eines freien Mannes nicht mehr ertragen können, daß sie ihre Augen niederschlagen müssen. Was würden Sie unter dieses zweite Bild schreiben? Ich wähle die gelindeste Unterschrift; ich sage: „es ist die schlimmste Prüfungsstunde des Preußischen Heeres gewesen." (Beifall links.)

Der Redner weist ferner noch darauf hin, daß das Ministerium die Verantwortlichkeit seiner Maßregeln von sich abwälze und den Träger der Krone mit in den Konflikt hineinziehe. Dadurch könne leicht der Glanz den Hauses Hohenzollern verdunkelt werden. „Retten Sie, ruft Hildenhagen, das Königshaus vor seinen **Freunden**! Mit seinen **Feinden** ist es allerwegen fertig geworden." (Lebhafter Beifall.)

Kriegsminister v. **Strotha**: Wenn der Redner das Ministerium angreift, so ist das in der Ordnung — hat man uns doch neulich gesagt, wir seien hier, um angegriffen zu werden. Wenn der Herr Redner aber die Armee angreift, so ist es meine Pflicht, daß ich als der natürliche Vertreter der Armee darauf antworte. Die Soldaten haben hier in Berlin so gut ihre Pflicht gethan, wie in Schleswig. Sie haben gehorcht — das ist die erste Pflicht des Soldaten. (Beifall rechts.)

Der Minister des Innern liest einen Bericht des hiesigen Polizei-Präsidenten über die bei Hildenhagen stattgehabte Haussuchung vor. Der Polizei-Präsident habe bei Hildenhagen angefragt, ob ihm wirklich Geld abhanden gekommen, sei jedoch ohne jede Antwort geblieben. Hierauf wird die Debatte vertagt. Es sind noch 25 Redner eingeschrieben.

36ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 26. April.
Präsident: Grabow.

Am Ministertisch: Graf **Brandenburg**, v. **Manteuffel**, v. **Strotha**, v. d. **Heydt**, v. **Rabe** und v. **Ladenberg**. Die Kammer nimmt die Debatte über den **Waldeck**schen Antrag wieder auf. Ein vom Abgeordneten v. **Unruh** gestelltes Amendement, welches noch entschiedener als der Kommissionsantrag sich ausspricht, wird von der linken Seite des Hauses sehr ausreichend unterstützt.

Keller (gegen den Antrag): Ich habe zunächst zu der Petition für den Belagerungszustand, welche ich früher schon überreicht, eine zweite auf das Büreau niederzulegen. Es geht aus derselben hervor, daß es Viele im Lande giebt, welche diese Gesinnung hegen, und die nicht der Meinung sind, wie sie hier geäußert worden ist, daß die Regierung eine Lüge für den freien Mann, sondern daß sie die Hüterin des Ordnung und des Gesetzes ist. — Wir leben in einer Uebergangszeit und haben erst die Formen zu finden, deren wir bedürfen. Wenn die Regierung nun im Ganzen und Großen gerechtfertigt dasteht, so sind die in Folge des Belagerungszustandes vorgefallenen Exzesse auf Seiten der Regierung keinesfalls so groß, wie sie früher auf Seiten der Volkspartei waren. (Gelächter auf der Linken). Sodann aber ist es ein Faktum, daß der Handel und die Gewerbe durch die strenge Handhabung der Ordnung wieder aufblühten. Auch in Berlin gab es deshalb viele Leute, die nach der Einführung des Belagerungszustandes sagten: jetzt ist es in Berlin wieder schön (lautes Gelächter auf der Linken), jetzt sieht man doch wieder honette Leute auf den Straßen gehen. — Wenn die Regierung nun eine vollständige Kontre-Revolution hätte machen wollen, so würde sie den alten Absolutismus wieder hergestellt haben, sie hat aber eine Verfassung oktroyirt, welche den Weg zum Konstitutionalismus aufs Neue eröffnet. Zeigen Sie mir ein Beispiel in der ganzen Geschichte, daß eine Regierung, die den Despotismus will, eine solche Verfassung gegeben hat. (Bravo auf der Rechten.) Ich glaube nun, daß wir auch jetzt diesen Weg verfolgen können, wenn wir mit dem rechten Maße handeln, ich glaube, daß es eine Ansicht giebt, für die sich eine große Mehrheit in diesem Hause bilden kann. Sie ist in dem Amendement Aldenhoven ausgesprochen. Vereinigen wir uns in dieser, schaffen wir die Möglichkeit, daß der Belagerungszustand so bald als möglich aufgehoben werde, indem wir ihn von Gesetzen abhängig machen, welche die Entwickelung des Volksgeistes nicht hemmen, aber auch in die richtigen Schranken zurückweist. (Bravo von der Rechten, Zischen zur Linken.)

Jakoby: Nur ein Faktum will ich erwähnen, welches wenig bekannt ist. Kurze Zeit nach dem Malmöer Waffenstillstand wurde den Ministern v. Auerswald und Hansemann das Ansinnen gestellt, gegen die National-Versammlung Maßregeln zu ergreifen, welche eine Auflösung der Versammlung nothwendig zur Folge haben mußten. In einer in den ersten Tagen des Monats September in Bellevue abgehaltenen Minister-Konferenz wurde dieser Gegenstand verhandelt. Hieraus geht augenscheinlich hervor, daß nicht die Ereignisse vom Oktober und November die Auflösung der National-Versammlung nothwendig gemacht, sondern daß der Entschluß zu diesem Staatsstreiche schon viel früher gefaßt war. Der Kommissionsbericht sagt ganz richtig, daß der Belagerungszustand nicht Folge des Konflikts gewesen, sondetn vielmehr dazu gedient habe, den Konflikt herbeizuführen.

Die ministerielle Denkschrift enthält für die Fortdauer des Belagerungszustandes nicht mehr als einen einzigen Grund, der jedoch durchaus unhaltbar ist. Die Führer der Umsturzpartei, heißt es, erwarten die Aufhebung des Belagerungszustandes, um ihre frühere verderbliche Thätigkeit von Neuem in Berlin zu beginnen. Wie aber führt das Ministerium den ihm obliegenden Beweis? Ich will Ihnen die Mittheilungen ins Gedächtniß zurückrufen: 1) ein Brief **Dowiat's** vom 26. Februar v. J., 2) eine Adresse der Deutschen in Amerika, 3) ein Bericht des demokratischen Kongresses, welcher im vorigen Herbste hier tagte, 4) der Marzverein zu Frankfurt, 5) ein am 18. März d. J. gesungenes Lied, 6) der Fund von 7 Handgranaten und einer Kiste mit Papieren, deren Inhalt nicht genannt wird, 7) einige Petitionen um Einkammersystem. Dies sind die Gründe für die Fortdauer des Belagerungszustandes! Was hat der Herr Minister überdies gethan, um uns von der Aechtheit der mitgetheilten Schriftstücke zu überzeugen? Verlangt der Herr Minister etwa, daß wir uns mit solchen vagen Angaben zufrieden geben und seinen Worten blinden Glauben schenken sollen? Unsere Zeit ist aber eben so wenig für blinden Glauben, wie für blinden Gehorsam geeignet.

Minister des Innern: Der vorige Redner hat gesagt, daß die Leitung Berlins einem Manne anvertraut sei, der sich als völlig unfähig hierzu gezeigt habe. Ich bin nicht in der Lage, über die Fähigkeit oder Unfähigkeit eines Andern aburtheilen zu wollen, aber das kann ich versichern, daß die Leitung Berlins Händen anvertraut ist, die sich derselben mit Wohlwollen und allseitiger Rücksicht unterziehen. Es ist ein mißlich Ding mit der Popularität. Ich lege nicht so viel Werth auf sie. (Höhnisches Gelächter und Bravo! links.) Aber ich kann versichern, daß i   in einer hiesigen Bürger-Versammlung die Behauptung hörte, General Wrangel sei der populärste Mann in Berlin. (Gelächter links.) Man hat uns vorgeworfen, daß wir dem Volkswillen trotzen wollten. Unter Volkswillen versteht man jedoch mancherlei. Wir haben die Absicht, ehrlich konstitutionell zu regieren, aber wir wollen nicht **mit dem Lindenklub**, nicht mit der **Straßen-Demokratie** regieren. (Große Unruhe links. Man verlangt für den Minister einen Ordnungsruf.)

v. **Griesheim** (gegen den Antrag): Ich habe im vorigen Jahre den Ereignissen nicht so nahe gestanden, wie der Abgeordnete aus Brandenburg: aber ich habe sie doch aus einer Entfernung betrachtet, welche einen vollständigen Ueberblick gestattete. Die Truppen sind allerdings theilweise wie Brüder empfangen worden, aber nur von dem Theile des Volkes, welcher der Anarchie müde war. Ich bin dagegen auch Zeuge gewesen von Bedrohungen und Mißhandlungen der Soldaten, namentlich eines Offiziers, welcher der brutalsten Behandlung ausgesetzt war. — Der Redner geht zur Auflösung der Berliner Bürgerwehr über, die er zu rechtfertigen sucht. Auch von der Verletzung geistiger Interessen sei bei dieser Gelegenheit gesprochen worden. Man verstehe hierunter jedoch nur diejenigen geistigen Interessen, welche — ehrlich gesagt — eine Schmach für Berlin gewesen. Wenn ein Blatt — sagt von Griesheim — die Worte enthalten kann: „Bei Leipzig und bei Waterloo, da liegen unsere Bummler" (pfui, pfui! rechts), so ist ein solches Blatt allein im Stande, unser Vaterland zu entehren. Der Redner weist hierauf aus statistischen Angaben nach, daß sich die Geschäfts- und Nahrungslosigkeit in Berlin nach Verhängung des Belagerungszustandes vermindert habe. Viele Petitionen mit 19,000 Unterschriften hätten sich **für** Beibehaltung desselben ausgesprochen. (Ruf links: „Aus Teltow!")

v. Griesheim spricht sich schließlich für das Amendement von Aldenhoven aus.

Pape (Warburg) für den Kommissionsbericht.

Der Justizminister rechtfertigt gegen den Vorredner seine gestrigen Allegate.

Graf Arnim: Wenn der Mensch krank ist, kann er bekanntlich seine politischen Rechte nicht ausüben, und der vernünftige Kranke entäußert sich ihrer von selbst. War unser Staat nicht im vorigen Jahre krank? Ich glaube, er war todtkrank. Für die, welche jenen Zustand für einen gesunden gehalten, welche die Excesse nur als Schaumspritzen der Wellen bezeichnet haben, habe ich keine Argumente. Meine Ansicht ist dagegen die, daß der Staat noch krank ist, daß er krank bleibt, so lange solche Ansichten in der Kammer geäußert werden, wie sie hier ausgesprochen worden sind. (Bravo auf der Rechten.) Es fragt sich aber: soll die Suspension in der bisherigen Weise fortdauern? Daß die Militair Herrschaft fortdauere, halte ich nicht für nothwendig, wohl aber, daß die Beschränkungen eintreten, welche die Verfassung schon fordert. Sie bestimmt, daß Gesetze über das Vereinswesen und die Presse erlassen werden sollen, und diese müssen daher erst da sein, wenn dem Volke seine Rechte zugemessen werden sollen. Ich schließe mich deshalb dem Amendement Aldenhoven an, da es meiner Ansicht am meisten entspricht. Der hierauf beantragte Schluß wird angenommen.

Schramm (zu einer persönlichen Bemerkung): Auch mein Name ist gestern von dem Herrn Minister in seinen Enthüllungen genannt worden, und ich hätte hierbei wohl erwarten können, daß auch der Wahlkreis hinzugefügt worden wäre, ich will indeß hierauf kein großes Gewicht legen. Dagegen muß ich zweitens bemerken, daß ich bezweifeln muß, daß eine Deputation aus Langensalza jener Versammlung im Hotel de Baviere beigewohnt, da ich mit den Männern dieser Stadt in zu enger Verbindung stehe, als daß sie eine solche könnten abgesandt haben, ohne mich davon zu benachrichtigen. Zum Schluß verliest der Redner ein Plakat, das gestern in der Kammer vertheilt worden ist. Dasselbe enthält ein angeblich von den Mitgliedern der äußersten Linken unterschriebenes Programm, das die Revolution und die Republik proklamirt und nach dessen Mittheilung die Auflösung der Kammer gefordert wird. Der Redner legt es als „neuen Beitrag zu den Enthüllungen des Ministeriums" auf das Büreau nieder.

Der Präsident erklärt, daß das Präsidium bereits von dieser Vertheilung Kenntniß genommen und eine Untersuchung veranlaßt habe, um zu erforschen, von wem die Vertheilung ausgegangen sei.

d'Ester (persönlich): In dem fein gesponnenen Gewebe von Enthüllungen, welche der Herr Minister des Innern gestern hier dargelegt hat, war auch mein Name enthalten. Ich fühle mich jedoch nicht veranlaßt, jene Enthüllungen von dieser Tribüne näher zu beleuchten; selbst nicht durch den Umstand, daß es nach der Aussage des Herrn Ministers amtliche Aussagen sind, welche er mittheilte. Auch diese amtlichen Enthüllungen sind dem Lande schon zu bekannt, als daß sie widerlegt zu werden brauchten. Aber auf einen Punkt muß ich doch zurückkommen. Der Herr Minister hat etwas mitgetheilt, was ich auf dem demokratischen Kongresse gesagt haben soll. Ich habe aber dort gerade das Gegentheil gesagt und ich hätte wohl erwartet, daß sich der Herr Minister bessere Quellen zu seinen Studien verschaffe, als ein Zeitungsblatt. Sodann hat der Minister einer mir angehörigen Kiste mit Papieren erwähnt, die gefunden worden ist. Es ist dies richtig; ja, meine Herren, die ominöse Kiste enthält sehr gefährliche revolutionaire Papiere — die stenographischen Berichte aus der letzten Zeit der vorigen Nationalversammlung und die Berichte des Frankfurter Parlaments. Der Minister hat ferner von einer Umsturzpartei gesprochen. Ja, es giebt eine solche; sie will das System, welches das jetzige Ministerium vertritt, stürzen, und ich mache es mir zur Ehre, zu ihr zu gehören. Ich werde Alles aufbieten, diesem System entgegen zu wirken. Ich halte dies für meine Pflicht. (Zu den Ministern gewandt:) Den wahren Grund der Bestrebungen, die sie enthüllen wollen, bildet Ihr Benehmen, und ich kann nicht umhin, diesen Enthüllungen gegenüber, auch Sie daran zu erinnern, daß die National-Versammlung Sie für Hochverräther erklärt hat. (Große Bewegung.)

Minister des Innern: Die Stelle, welche ich gestern vorgelesen, war in einem selbst verfaßten Berichte des demokratischen Kongresses enthalten; ich habe nicht gesagt, daß ich dabei gewesen. (Gelächter.) Was die ominiöse Kiste betrifft, so kenne ich ihren Inhalt nicht genau; sie befindet sich in den Händen des Gerichts. Wenn sie nichts als stenographische Berichte enthält, so ist dies um so besser für den Abgeordneten d'Ester. (Große Unruhe links.) Es ist jedoch auch ein Bild in der Kiste gefunden worden, welches mit Blei gezeichnet ist und einen als Demokraten gekleideten Mann darstellt, der einem Andern die Augen aussticht. (Gelächter.) Die Person, welcher die Augen ausgestochen werden, ist leicht zu erkennen, aber ich will sie in diesem Saale nicht nennen (Große Bewegung.) Ich werde das Bild ebenfalls auf das Büreau niederlegen. Wenn gesagt worden, daß die National-Versammlung uns als Hochverräther bezeichnet hat, ist dies allerdings richtig. Als wir an dem Tage, wo die Verlegung der Versammlung ausgesprochen wurde, den Sitzungssaal verließen, faßte mich ein Abgeordneter an den Schultern und schrie mir das Wort „in die Ohren. Ich habe aber damals auf die Bezeichnung eben so wenig Werth gelegt, als auf die jetzt erfolgte Wiederholung des Herrn d'Ester. (Beifall rechts.)

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird um 3 Uhr zur Fragestellung geschritten.

Kinkel: Er stehe noch heute für jedes Wort ein, das er auf dem demokratischen Kongresse gesprochen und würde seine Rede gern vor einem Geschworenengerichte verantworten. Seine Rede sei aber nicht genau wiedergegeben worden; denn einerseits habe er sich nicht des Ausdrucks „Pfaffen" bedient, andererseits sei seine Rede nicht scharf genug wiedergegeben worden. Seine Worte wären folgende gewesen: „Wir haben uns unter den Donnern der Junischlacht für die demokratische Republik erklärt, d. h. wir haben in gesetzlicher Form die Erklärung zu Protokoll gegeben, daß nach unserer Ansicht die demokratische, die soziale Republik für Deutschland in Zukunft die einzig haltbare Staatsform sei, eine Staatsform, in der es nur noch Arbeiter und keine Faullenzer giebt." — Ob wir mit unserer Ueberzeugung, schließt Kinkel seine Bemerkung, Recht haben — diese Entscheidung fällt nicht — am allerwenigsten von dieser Tribüne. Es folgt noch eine Menge persönlicher Bemerkungen. Dann erhält Waldeck als Antragsteller und Bucher als Referent das Wort. Um 3 Uhr wird zur Fragestellung geschritten.

Jung (persönlich) fragt, wie der Minister es wagen könne, der Kammer Mittheilungen bloßer Polizeispione vorzutragen? Wenn der Minister auf die rothen Vorhänge im Sitzungssaale des demokratischen Kongresses einen besonderen Nachdruck gelegt, so möge sich derselbe doch erinnern, daß auch der Saal der zweiten Kammer mit rothen Vorhängen versehen sei. (Heiterkeit.) Zu der Umsturzpartei, von welcher der Minister immer rede, habe auch Hegel, so wie andere große Männer gehört. Das Ministerium werfe zu früh seine Maske ab. Der Redner wird wegen dieses Ausdruck vom Präsidenten von Auerswald zur Ordnung gerufen.

Reuter (persönlich): Ich bin in der Erzählung des Herrn Ministers über die Versammlung vom 11. zum 12. December ebenfalls genannt. Wenn vor einiger Zeit verächtliche Individuen sogenannte Enthüllungen in das Land schleuderten, so fand ich dies erklärlich; wenn aber das Ministerium sich mit diesen Enthüllungen identifizirt .... (Unruhe.)

Der Präsident bittet den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen.

Reuter: Ich gebrauche absichtlich starke Ausdrücke gegen das Ministerium, weil es sie verdient.

Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.

Reuter: Wenn das Ministerium gestern diese Enthüllungen gemacht hat, so wird dies vielleicht Erstaunen erregen. Aber nein! Wie kann noch Etwas im Lande Erstaunen erregen, was dieses erstaunliche Ministerium thut? (Heiterkeit.) Der Herr Minister hat gestern mit stotternder Sprache ..... (Stürmische Unterbrechung rechts.)

Der Präsident ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.

Reuter: Der Herr Minister hat also in sehr schneller Weise gesprochen (Heiterkeit), so daß ich seine Worte nicht verstehen konnte und also auch nicht im Stande bin, darauf zu antworten. — Reuter erzählt hierauf die Vorfälle in der Nacht vom 11. zum 12. November. Das Ministerium hat, so schließt der Redner, bereits einen großen Berg von Haß auf sich geladen; es hatte nicht nöthig, durch jene Enthüllungen auch noch einen Berg von Lächerlichkeit auf sich zu laden.

Der Präsident ruft den Redner zum dritten Male zur Ordnung.

Waldeck erhält als Antragsteller das Wort: Die Antragsteller gingen von der Ueberzeugung aus, daß der Rücktritt des Ministeriums eine nothwendige Voraussetzung für irgend welchen gedeihlichen Zustand des Staates ist. Wenn der Vorwurf des Pessimismus den man meiner Pariei macht, wirklich begründet wäre, dann müßten wir alle Maßregeln des gegenwärtigen Ministeriums aufrecht erhalten. Gerade diese Maßregeln haben dazu beigetragen, der Republik 3 Fünftel Anhänger mehr als vor dem November zu erwerben. Unter republikanischer, wie unter konstitutioneller Regierung kann die Freiheit gefährdet werden; es handelt sich also blos um die Existenz der Freiheit; wenn aber ein Theil des Volkes zu dem Glauben gedrängt wird, daß die Freiheit unter diesem Ministerium nicht möglich ist, kann man es ihm dann verdenken, wenn es sich nach einer anderen Staatsform umsieht? Der Redner giebt hierauf eine Geschichtserzählung der November-Ereignisse des vorigen Jahres. Die Minister sprächen immer von einer rettenden That; sie hätten aber nichts als sich selbst gerettet. Nach dem sehr ausführlichen Schlußvortrage des Referenten Bucher kommt es zur Fragestellung.

Das Amendement von Aldenhoven und Genossen wird mit 178 gegen 159 Stimmen verworfen; das Amendement von Wentzel (Natibor) wird mit 165 gegen 168 Stimmen ebenfalls verworfen. Der erste Theil des von Unruhschen Amendements: „Die Kammer wolle erklären, daß die Fortdauer des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammer ungesetzlich ist, und daß die Kammer die Zustimmung zur Fortdauer des Belagerungszustandes nicht ertheilt", wird mit 184 gegen 139 Stimmen angenommen. Unter Andern stimmt auch Präsident Grabow für den 1. Theil. Der 2. Theil des von Unruhschen Amendements: „das Ministerium anfzufordern, den über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand sofort aufzuheben", wird mit 177 gegen 153 Stimmen ebenfalls angenommen.

(Schluß der Sitzung $5\frac{1}{4}$ Uhr.)

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

37ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 27. April.

Präsident: Grabow.

Am Ministertisch: Graf Brandenburg, v. Ladenberg, v. Manteuffel, v Strotha, v. d Heydt, Graf Arnim, v Rabe, Simons

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Hierauf erfolgt die Vorlesung des dringlichen Antrags Aldenhoven und Genossen: „Die Hohe Zweite Kammer wolle folgendes Gesetz beschließen: § 1. Während der Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern dürfen innerhalb der Entfernung von zwei Meilen von dem Orte des Sitzes derselben Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden. Diesen Versammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgestellt. Leichenbegängnisse, so wie die Züge der Hochzeitsversammlungen nach und aus der Kirche werden jedoch nicht hierher gerechnet. § 2 Ist eine Versammlung den Vorschriften des § 1 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. Wer an einer nach §. 1. verbotenen Versammlung Theil nimmt, unterliegt einer Geldbuße bis zu 5 Thlr. Wer sich auf die Aufforderung eines Abgeordneten der Polizei-Behörde nicht sofort von dem Platze, wo eine verbotene Versammlung stattfindet, entfernt, hat Geldbuße bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt.

Die Aufforderung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.

§. 3. Dieses Gesetz hat so lange Gültigkeit, bis ein allgemeines Gesetz zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts in Kraft tritt.

Die Dringlichkeit des Antrags wird hinreichend unterstützt. Derselbe wird mit 159 gegen 158 Stimmen an die Justiz-Kommission verwiesen

Hierauf liest der Minister-Präsident die Allerhöchste Ordre vor, wodurch die Zweite Kammer aufgelöst und die Erste Kammer vertagt wird.

Der Präsident erklärt die Sitzung für geschlossen. (12 Uhr.)

Wochen-Bericht.

Eine an Ereignissen reiche, an Resultaten sehr arme Woche liegt wieder hinter uns. Wer mag wissen, ob nicht viele Jahre nöthig sein werden, um das gute Vertrauen in einer Nation wiederherzustellen, die in dieser einen Woche durch ihre Regierungen um die schönsten Hoffnungen ihrer Zukunft betrogen ist, der kaum noch eine andere Aussicht auf die Herstellung ihrer Einheit, auf die endliche Rettung ihre Ehre gelassen ist, als die Erwartung einer späteren, gründlicheren, Erhebung. Ein Ministerium, wie das Preußische, das zu einer wirklichen deutschen Politik in der entschiedenen Erklärung von 28 deutschen Erklärungen, in dem drängenden Verlangen aller nicht extremen politischen Parteien, in den gesetzlichen Kundgebungen des Volkswillens aus den verschiedensten Theilen Deutschlands keinen Antrieb finden konnte: kann die Absicht, einen wirklichen Bundesstaat zu konstituiren, nie ehrlich gehabt haben. — Alle seine Erklärungen vor der letzten in der Kammersitzung vom 21. waren zweideutig, unklar, absichtlich auf Verheimlichung seiner eigentlichen Tendenzen berechnet. Diese sind von jeher, — das liegt nun vor aller Welt Augen — auf Anerkennung der deutschen Verfassung berechnet gewesen. — Man hat nicht die Ehrerbietung vor dem Werke einer im Auftrage und im Namen des Volkes handelnden Versammlung, die ihnen jede nicht frivole Auffassung des politischen Lebens zollen muß; man will wieder meistern und bevormunden jene Gewalten, die in der tiefsten Tiefe der Nation schlummern und die doch in ihrer Ausartung und schrankenlosen Erhebung noch größer sind, als jene „antediluvianische" Weltanschauung, welche jetzt in Preußen ihr Wesen treibt. Wohl ist es wahr, daß mit dem heiligen Namen der Freiheit in den jüngsten Zeiten ruchloser Frevel getrieben ist; aber ihr selbst sind die Besten der Nation treugeblieben und seitdem das vielgeschmähte Wort unter die Aegide der lautersten Vaterlandsliebe gestellt ist, wird jeder echte Deutsche alles Andre eher fallen lassen, als sie. Aber das sieht diese Regierung nicht ein, daß es sich jetzt um das Fortbestehen der Monarchie in Deutschland, wie in allen Einzelstaaten handelt; daß alles verderbliche Mißtrauen, welches von so vielen in bester Absicht langsam gedämpft war, seit wenig Tagen wacher ist, denn je, ja von den Gemäßigsten und Erfahrensten getheilt wird; daß die halb unbewußten Sympathien, welche den minder gebildeten Theil des Volkes an Bestehendes fesselten, in allen Schichten desselben durch die lächerlichen Albernheiten, durch die man gesunde Regierungen des Volks in blinden Fanatismus zu verkehren suchte, ins Gegentheil verwandelt worden sind. Verschiedenheit der Ueberzeugung ist die Lebensquelle des Staatslebens; stehen sich aber beide Parteien so gegenüber, daß der einen die heiligsten sittlichen Prinzipien, an denen die andre festhält, ein Spott werden, so sind sie zu einem gegenseitigen Vernichtungskampfe gezwungen.

Nur eine kaum noch zu hoffende Gunst der äußeren Verhältnisse kann das Schwerste von unserm Vaterlande abwenden: die aber jetzt der Wahrheit und dem Gebote der Geschichte Hohn gesprochen, werden die Verantwortung tragen.

Daß man in Frankfurt an der Verfassung festhält, ist einzig der Würde der Nationalversammlung geziemend; der Weg zu etwa nöthigen Aenderungen ist in der Verfassung selbst vorgezeichnet; daß die Uebertragung der Kaiserwürde durch die Anerkennung der Verfassung bedingt ist, liegt völlig in der Natur der Sache. Danach steht es nun also definitiv fest, daß die Preußische Regierung nicht den Muth hat, ihren geschichtlichen Beruf zu erfüllen. — Ob sie, da sie hier im Namen des Preußischen Volkes handelt, ein Recht dazu hatte, so zu handeln, wie sie handelte; ob hier, wo wahrlich nichts gleichgültiger ist, als die Personen, auf persönliche Neigung oder Abneigung irgend welcher Einzelner Rücksicht genommen werden durfte, sind Fragen, die sich selbst beantworten — Daß die Regierungen der übrigen deutschen Königreiche trotz Kammern und Volk dem gegebenen Beispiele folgen werden, ist jetzt ganz klar. Die Hohe Bedeutung gewinnen die Ereignisse in Würtemberg. Die Kammer, welche in den letzten Tagen bei der größten Entschiedenheit und unter der höchsten Aufregung nicht einen Augenblick ihre Würde verloren hat, und das Ministerium wollen die Verfassung anerkannt wissen; der König dagegen hat erklärt, sich dem Hause Hohenzollern nie unterwerfen und die Verfassung nicht anerkennen zu wollen. Wenn er sich dabei auf Preußens Vorgang beruft, so entschuldigt es ihn nicht; wenn er aber erklärt, daß er, vielleicht durch eine Revolution zu einer Anerkennung der Verfassung gezwungen, sich niemals an abgedrungene Bewilligungen gebunden erachten werden, so erschüttert das alle Achtung vor einem Manne, der doch immer eine der edelsten deutschen Fürsten genannt wurde. Die Gährung des Volkes hatte bereits einen hohen Grad erreicht, wenn sich nun der König auch zu Koncessionen versteht, so kann man dieselben, weil ihm abgezwungen, nur auf solange Zeit für bewilligt halten, als ihm die Möglichkeit fehlt, sie wieder ungültig zu machen. Nichts wäre wünschenswerther, als daß bei dieser Gelegenheit wenigstens an einem Punkte Deutschlands eine wirkliche Entscheidung erfolgte; je länger die längst glimmende Gluth niedergehalten wird, um so vernichtender wird sie einst ausbrechen.

Berlin freilich ruht noch in den Armen des Belagerungszustandes. Allein der faktische Zustand des Preußischen Staates ist geradezu ein verzweifelter. Nachdem die zweite Kammer ganz unumwunden die deutsche Reichsverfassung anerkannt hat, befindet sich die Regierung in der wichtigsten Frage, die es überhaupt geben kann, im offensten Widerstreite mit der Volksvertretung. Die unmittelbare Folge müßte sein, daß entweder das Ministerium zurücktrete, oder die Kammern auflöste. — Keines von beiden aber geschieht und die thatsächliche Stellung der Regierung zum Volke ist somit in Preußen jetzt die, daß jene sich um die Beschlüsse der Volksvertreter nicht kümmert, sondern thut, was ihr beliebt; daß demnach die Grundbedingungen eines wirklichen konstitutionellen Lebens aufgehoben sind.

Die übrigen Beschlüsse der zweiten Kammer sind weit weniger bedeutsam, als jener in der deutschen Frage. Hervorzuheben ist, daß das Gesetz wegen Beschränkung des Associationsrechtes in völlig veränderter Gestalt aus der Kammer hervorgegangen ist, nachdem das Ministerium eine Niederlage nach der andern erlitten. Sehr charakteristisch für die Begriffe, welche unser Ministerium von dem konstitutionellen Staatsleben hat, war die Art, wie der Minister des Innern jetzt Ausnahmemaßregeln wie der Belagerungszustand als reine Administrativmaßregeln bezeichnete, deren Kritik gar nicht in die Kompetenz der Kammern gehöre.

Einigen Ersatz für die trostlosen Zustände im Innern Deutschlands bieten die Siege des dänischen Krieges. Der Einmarsch in Jütland ist erfolgt; Kolding genommen, und wenn auch kurze Zeit wieder geräumt, dann doch durch einen bedeutenden Sieg behauptet. Die flüchtigen Dänen werden nach Veile hin verfolgt.

Während hier deutsche Truppen in entschieden siegreichem Fortrücken begriffen sind, ist von den Oestreichern in Ungarn das Kriegsglück völlig gewichen. Den Magyaren ist die Ausführung ihres Planes, Comorn zu entsetzen, völlig gelungen; ja sogar Pesth und Ofen sind in der Gewalt Dembinskis. — Die kais. Truppen sind nach Tyrnau zurückgegangen; aber auch hieraus haben sie die Sieger verdrängt, deren Absicht jetzt die Einnahme von Preßburg zu sein scheint. Bem hat indessen einen prunkvollen Einzug in Debreczin gehalten und die Oesterreichischen Truppen in Serbien haben, wenn auch noch nicht den Ungarn unterlegen, so doch durchaus keine Erfolge erringen können. Die Folgen der ungarischen Ereignisse sind unübersehbar; wenn die Oesterreicher den Krieg noch fortführen wollen, so kann dies nur unter Beihülfe der Russen geschehen. Im Augenblicke aber fürchtet man dringend für das offen liegende Mähren und auch für Wien. — Leicht möglich, daß sich nun auch der Abschluß des Friedens mit Italien noch hinzieht.

Dort hat man in Genua die alte Ordnung völlig wieder hergestellt. — Venedig aber steht den Oesterreichern noch immer kampfbereit gegenüber — In Toskana ist mit derselben Leichtigkeit, mit der man unlängst die Republik einführte, die Monarchie wieder hergestellt, auch Parma und Modena sind wieder an ihre frühern Fürsten abgegangen. Nur in Rom hält sich noch die Republik. Die Neapolitaner sind von Miroslawski aus Catanea wieder herausgeschlagen.

In Frankreich macht die Reaktion immer größere Fortschritte. Während dem Volke im vorigen Jahre die Neigung nicht fehlte, die sich neu bildenden Republiken in Italien nöthigenfalls mit den Waffen zu unterstützen, läßt es sich jetzt eine Intervention in Italien — gegen die römische Republik zu Gunsten des Papstes gefallen. — Die Expedition wird mit großer Eile betrieben und so wird denn wahrscheinlich auch in Rom bald der alte Zustand restaurirt sein. Mag man nun darin ein Glück — oder eine Beeinträchtigung der Freiheit erblicken: jedenfalls ist diese Handlungsweise des französischen Ministeriums in grellem Widerspruche zu den Prinzipien, auf denen die Republik in Frankreich ruht. Die Opposition der Nation wird über kurz oder lang nicht ausbleiben und es wird sich dann zeigen, daß ein derartiger Uebermuth der jetzt Regierenden, eine so offenkundige Rückkehr zu den Zuständen, die vor einem Jahre die Revolution nöthig machten, nicht ungestraft bleiben kann. — Die Nationalversammlung beschäftigte sich mit einem ebenfalls ziemlich reactionären Gesetze über Preßcautionen, die sie nur für die 45 Tage vor den Wahlen suspendirt wissen will.

Im englischen Staatsleben scheint in der nächsten Zukunft ein Ministerwechsel oder eine Auflösung der Kammern bevorzustehen. Wenigstens wird mit Bestimmtheit behauptet, daß das Ministerium bei Gelegenheit der Reform der Schifffahrtsgesetze im Oberhause eine beträchtliche Majorität gegen sich haben werde.

(Beilage.)

Inland.

Altona, den 26. April. Mit welcher Frechheit Orla Lehmann sich benommen, davon erzählen unsere Gewährsmänner gar manchen Zug. Bekanntlich wurde er von den Vorposten des 10ten Bataillons gefangen; von diesen zum Kommandirenden St. Paul geführt, fragte ihn dieser: Wer sind Sie? Wer sind Sie? entgegnete Orla Lehmann, und antwortete nicht ferner, vielmehr stellte er das Verlangen, zum General Prittwitz geführt zu werden. Vor Bonin gebracht, stellte er noch dasselbe Verlangen, und auf die Frage Bonins, was er in Kolding habe thun wollen, gab er die naive Antwort: die Damen retten! — Bonin sandte ihn sofort nach Schleswig, woselbst er sich auf Schloß Gottorf befindet. Ueber die Bravour unserer Truppen, wie über die Tüchtigkeit ihrer Führer herrscht nur eine Stimme, und soll, wie Reisende, die mit dem heutigen Morgenzug von Schleswig kamen, versichern, daß Orla Lehmannn selber zu seinem dort wohnenden Schwager Lesser, der ihn besuchte, gesagt haben: wahrlich, Tscherning hatte Recht; es sind nicht die Truppen von Bau. Delius und Zastrow sollen durch ihre heldenmüthige Führung die Truppen begeistert haben.

Dresden, 25. April. Nach zuverlässigen Briefen aus Frankfurt a. M., die so eben hier eintreffen, wird in der Paulskirche wahrscheinlich mit dem Einverständniß aller Parteien ein Direktorium für Deutschland geschaffen werden, dessen Auftrag zunächst dahin geht, die einzelnen Fürsten und Regierungen zur Anerkenung des deutschen Verfassungswerkes binnen bestimmter Frist aufzufordern, um nach Ablauf dieser Frist das gesammte Volk Deutschlands zur Mithülfe für Anerkennung der Verfassung in denjenigen Ländern aufzurufen, wo dieselbe gar nicht, oder nicht unbedingt erfolgt sein sollte.

D. R.

Stuttgart, den 23. April. Vor Eröffnung der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde das Haus durch eine Kompagnie Bürgerwehr besetzt. Im Saale bilden sich Gruppen welche sich lebhaft über die eben erschienene Proklamation des Königs besprechen. Unter den Abgeordneten sind auch Nägele und Schoder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit den Worten, daß wenn es je Aufgabe deutscher Männer war, auf den Boden des Gesetzes, der Besonnenheit, aber auch des Muths sich zu stellen, so sei dies jetzt die Aufgabe der Kammer. Im Laufe dieser Nacht habe Se. Majestät sich bewogen gefunden, auf einige Zeit nach Ludwigsburg abzureisen, wohin die Minister die laufenden Geschäfte abzuschicken beauftragt worden seien. Zugleich hat der König heute eine Proklamation erlassen, welche zu verlesen ich für angemessen halte. (Großer Lärm, Protestation). Zwerger: Dieses sogenannte Aktenstück existirt für uns nicht, kein Minister vertritt es; wir wissen nicht einmal, von wem es ausgeht. Aber wir müssen wissen, ob noch eine Regierung besteht oder nicht. Die Minister haben seit drei Tagen erklärt, daß sie ihre Entlassung geben. Es scheint, die Minister sind außer Aktivität gesetzt. Wir müssen dem Zustand der Ungewißheit ein Ende machen Das Land muß regiert werden. Die Kammer soll eine Kommission von 15 Mitgliedern niedersetzen, welche fortwährend berathet und Anträge stellt, dann soll die Kammer eine Ansprache an das Land erlassen und die Lage des Vaterlandes schildern. Rettenmair: Ich bin vertrauungsvoll heute in diesen Saal getreten, aber schmerzlich durch dieses Blatt überrascht worden. Jetzt ist es keine Zeit mehr zu unterhandeln, sondern zu handeln. Ich unterstütze den Antrag. Schnitzer: Wir wollen handeln; ich halte diese Kommission für eine permanente. Wir dürfen nicht mehr auseinander gehen, bis die Sache erledigt ist.

Der Präsident läßt die Adressen, welche in der deutschen Sache eingekommen sind, zur Kenntniß bringen: von Nagold, Hall, Saulgan und Umgegend, Sulz 2c., Lindach, Großdeinbach, Oberböttingen, Heubach, Altenstaig, Künzelsau, Gemeindekollegien und Bürgerwehr in Ulm, Tübingen, Aalen, Böhlingen. Viele Abgeordnete kündigen ähnliche Adressen an, und erstatten Bericht über die Stimmung ihrer Gegend.

Hierauf wird der Zwergersche Antrag auf eine Kommission zu fortlaufender Beurtheilung und Berichterstattung über den Stand der Angelegenheiten angenommen und in dieselbe berufen: Reyscher mit 65 Stimmen, Wiest von Ulm 61, Becher 60, Graf von Degenfeld 54, Zwerger 53, Prälat Hafner 48, Seeger 48, Schnitzer 44, Stockmaier 44, Eisenlohr 43, Hölder 40, Schoder 39, Schweickhardt 37, Holzinger 34, Zeller 34.

Stuttgart, 23. April, Abends 8 Uhr. Die Abendsitzung der Kammer der Abgeordneten konnte vor dem Hinzudrängen der Zuhörer in den Saal, welches laute Scenen des Wortwechsels veranlaßte, lange nicht beginnen. Viele Zustimmungs-Adressen werden wieder verlesen. Die Nachricht, daß heute Abend der König die sämmtliche Garnison in Ludwigsburg inspiziren werde, wird von den Gruppen der Abgeordneten lebhaft besprochen. Die Sitzung fing Abends 6 Uhr an. Der Berichterstatter des Funfzehner-Ausschusses, Stockmaier, stellte folgenden Antrag:

„Die Kammer der Abgeordneten beschließt: in Erwägung, daß „unsere Departementschefs schon zu wiederholten Malen seit dem „16. d. M. die dringende Bitte an das Staats-Oberhaupt ge„stellt haben, das Zurechtbestehen der Deutschen Reichsverfassung „auszusprechen, andernfalls aber gebeten haben, sie von den ihnen „anvertrauten Posten zu entheben; in fernerer Erwägung, daß die „gegenwärtige Ministerkrisis ohne die größte Gefahr für das ganze „Land nicht länger andauern kann, die Minister zu ersuchen, in „Person sich unverweilt zu Sr. Majestät dem Könige nach Lud„wigsburg zu begeben und zu erklären, daß sie ihre Bitte wieder„holen, und jedenfalls, wenn im Laufe des morgenden Tages „eine Königliche Entschließung nicht erfolgt, sie sich als von dem „Könige entlassen betrachten müßten."

Dieser Antrag wurde von der überwiegenden Mehrheit angenommen und dem Zusatz Wolfs, den Termin auf 9 Uhr, dann auf 12 Uhr des morgenden Tages zu bestimmen, keine weitere Folge gegeben. Darauf zog Schoder die Konsequenzen des heutigen Kammer-Beschlusses folgendermaßen: „Von der Krone ist es nur auf eine Verzögerung abgesehen; wenn aber der König die Minister morgen nicht entläßt, so sehen sie sich als entlassen an; dann haben wir keine Regierung. Denn ein König ohne Minister kommt in einem konstitutionellen Lande nicht in Betracht, und unsere Pflicht ist es dann morgen, zu thun, was das Wohl des des Vaterlandes erfordert, und das letzte Mittel zu ergreifen, nämlich: die Einsetzung einer provisorischen Regierung." Dagegen erfolgte kein Widerspruch. Wir glauben aber auch heute Abend noch an eine friedliche Lösung der allerdings hoch gestiegenen Krisis, und können nicht umhin, die besonnene, feste Haltung aller Stände rühmend anzuerkennen.

Staatsrath Goppelt ist nach Heilbronn abgereist, um einen bewaffneten Zuzug der Heilbronner Bürgerwehr, welcher dort beabsichtigt wurde, zu verhindern, da derselbe, ganz abgesehen von der Gesetzlosigkeit eines solchen Schrittes, die Lage des Ministeriums eher erschweren, als erleichtern würde. (O.-P.-A.-Z.)

Stuttgart, den 24. April. Abends 5 Uhr. So eben kommen die Minister von Ludwigsburg von dem Könige zurück. Der König und die Minister sind über das deutsche Verfassungswerk einig. Die Erklärung des Königs, welche sie mitgebracht haben, lautet also:

„Seine Majestät der König von Würtemberg nimmt in Ueber„einstimmung mit seinen Ministern die deutsche Reichsverfassung, „einschließlich des Kapitels über die Oberhauptsfrage und der im „Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben „sammt dem Reichswahlgesetze, unter der sich von selbst verstehen„den Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksam„keit trete. Zugleich soll der würtembergische Bevollmächtigte in „Frankfurt dahin instruirt werden, daß die würtembergische Regie„rung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Majestät der „König von Preußen, welcher das Erb-Kaiserthum nicht anneh„men will, unter den vorliegenden Umständen für jetzt mit Zustim„mung der deutschen National-Versammlung an die Spitze „Deutschlands sich stellen wird.

Ludwigsburg, den 24. April 1849.

Wilhelm." (O. P. A. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 24. April. National-Versammlung. Anfang $12\frac{1}{2}$ Uhr. Marrast präsidirt. An der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Lamoricièreschen Entwurfs der Armee-Organisation. Rüthières, Kriegs-Minister, besteigt zum ersten Male nach langer Zeit wieder die Tribüne, und zieht eine lange Papierrolle hervor, mittelst welcher er die Lamoricièreschen Vorschläge als fatale Neuerungen bekämpft. Wir hören durch die allgemeine Unaufmerksamkeit hindurch, daß er es gefährlich findet, gerade im jetzigen kritischen Augenblicke am Heergebäude zu rütteln. Er trägt auf Vertagung des Entwurfes und dessen Ueberweisung an den Staatsrath an, laut Artikels der Verfassung. (Heftiger Widerspruch auf der linken Ebene.) Die Versammlung soll votiren, ob sie die Generaldebatte geschlossen halten und zur artikelweisen Berathung schreiten wolle oder nicht? Dies wird mit 374 gegen 235 Stimmen entschieden. Der Entwurf besteht aus nicht weniger als 62 Artikeln. Die ersten achtzehn Artikel gehen ziemlich rasch durch und die Debatte wird beim Artikel 18. auf morgen verschoben. Die Sitzung ist um $6\frac{1}{4}$ Uhr geschlossen.

— Der Staatsrath hat seine Arbeiten begonnen. Eine seiner ersten Arbeiten soll die Begutachtung eines Begnadigungsgesuchs der berüchtigten Giftmischerin Laffarge, die stark an der Schwindsucht leide, sein.

— Unsere Indische Colonie Pondichery, die etwa 30,000 Wähler zählt, hat den reichen Rheder Lecourt, von Nantes, mit 13,000 von 20,000 Stimmenden zum Volksvertreter gewählt.

Paris, den 23. April. Unter dem Schutze des mit geringer Majorität in der National-Versammlung durchgebrachten Gesetzes, welches während der 45 Tage, die einer allgemeinen Wahl vorhergehen, Aufrufe an die Leidenschaften in Placatenform gestattet, und als erste hiesige Frucht desselben ist heute an allen Straßenecken der Hauptstadt ein „Wahlprogramm der revolutionären Communisten" zu lesen, welches von dem Comite-Präsidenten dieser Communisten, Rasetti, und dem Secretär Turgard unterzeichnet ist. Wir entnehmen diesem Programm, dem der „Constitutionnell" das Verdienst zuerkennt, daß es wenigstens offen heraussage, was die meisten Socialisten denken, folgende charakteristische Stellen: „Wir anerkennen für alle menschlichen Wesen ein jeder Gesellschaft vorangehendes Recht — das Recht zu leben. Wir verstehen unter leben die vollständige Entwickelung aller unserer Fähigkeiten und die vollständigste Befriedigung aller unserer Bedürfnisse. Unsere gesellschaftliche Ordnung ist die Gemeinschaft. Unter ihr giebt es keinen Streit, keine Tyrannei, keine brudermörderischen Kämpfe mehr. Wir stellen die Principien des Communismus über die parteiischen und tyrannischen Majoritäten, und einer sich auflösenden gesellschaftlichen Ordnung gegenüber bedarf es einer starken Hand, eines Mannes voll Ueberzeugung, Entschlossenheit und Talent, um die Gesellschaft in ihre wahre Bahn zu lenken und nicht eher die ederzulegen Gewalt ni, bis die unbedingte Gleichheit aller Menschen hergestellt sein wird. Wir kümmern uns um keine vorübergehende Maßregel, wie z. B. die Progressiv-Steuer; was hat diese in einer Welt zu bedeuten, wo Alles Allen gehört? Wir wollen die Familie und das Eigenthum ohne ihre Mißbräuche und ihre Vortheile." Am Schlusse werden fünf Candidaten der communistischen Partei für die bevorstehende National-Versammlung vorgeschlagen.

Großbritanien und Irland.

London, den 23. April. Aus New-York sind Nachrichten bis zum 4. April angelangt, die aus den Vereinigten Staaten in politischer Beziehung nichts Erhebliches melden. Mit der Verwaltung des neuen Präsidenten war man allgemein zufrieden. Nach einem Washingtoner Blatte beabsichtigt Taylor eine Civil-Regierung in Kalifornien einzusetzen, wo ein geordnetes Verwaltungssystem sehr noth thut. In Bezug auf Cuba erfährt man, daß Präsident Polk allerdings in Madrid wegen des Ankaufs dieser Insel Vorschläge machen ließ, die jedoch abgelehnt wurden. Aus Kalifornien hatte man in New-York Nachrichten bis zum 7. Februar. Die Ansiedler waren bemüht, eine Art von Regierung und Rechtspflege zu organisiren, Letztere beschränkte sich aber noch auf Ausübung einer Art Volksjustiz. welche schon zu mehreren Hinrichtungen geführt hatte. Die allgemeine Unsicherheit dauerte leider fort; täglich fielen Einbrüche, Räubereien und Diebstähle vor. Der Winter war sehr streng gewesen, so daß der Schnee bei den Goldminen 4 Fuß hoch lag und das Eis 3 Zoll dick war; bei Abgang der Berichte aber war bereits milderes Wetter eingetreten, der Schnee schmolz, und viele Goldgräber waren schon nach der Goldgegend, um die Arbeit frisch zu beginnen, abgegangen oder schickten sich dazu an. Man glaubte, daß die Frühjahrs-Strömungen das Gold in Massen hervorwaschen würden. Zu San Francisco hatte die Ankunft bedeutender Baarsummen aus San Blas, Valparaiso 2c. zu Einkaufszwecken den Goldpreis in die Höhe getrieben. Von auswärts, sogar bis von Australien her, trafen Goldsucher in großer Menge ein.

— Es heißt, daß der Oberrichter Lord Denman sein Amt niederlegen werde. — Man erzählt, daß, wenn die Schifffahrtsgesetz-Aenderungen nicht durchgehen, das Unterhaus aufgelöst werden solle. Nach anderen, jedoch unwahrscheinlichen, Angaben wolle Lord J. Russell zurücktreten und Sir R. Peel ein Coalitions-Ministerium bilden.

— Nach Berichten aus West-Australien (Schwanfluß, 15. December) hat Hr. Gregory, bei der Rückkehr aus dem Norden, am 12. November eine große Reihe fruchtbarer Landstrecken in der Nähe von Champhed Bay entdeckt; sie umfassen 3- bis 400,000 Morgen und enthalten viele Metalle und Kohlen.

Spanien.

Madrid, den 18. April. Außer den Fürbitten, welche in Mexico für den Papst gethan worden, hat der Präsident der Republik dem Papst eine Unterstützung von 25,000 Piastern, das geistliche Capitel eine ähnliche von 4000 P. übersandt.

Italien.

Florenz, den 17. April. So eben trifft die Nachricht ein, daß gestern Oesterreichische Truppen ohne Widerstand zu finden in Massa und Carrara eingerückt sind. Man hofft hier inzwischen, daß sich dieselben bis auf weiteres beschränken werden, die dem Herzog von Modena zugehörenden Gebiete zu besetzen, und daß sie die Toskanische Grenze nicht überschreiten werden. (A. A. Z.)

— In Livorno herrscht noch immer die Empörung; die Stadt will sich der neuen Regierung, der Herrschaft Leopolds II. nicht unterwerfen. Am 15. waren alle Thore der Stadt geschlossen und die Bürgerschaft unter den Waffen. Man will sogar wissen, daß am 16. in Livorno die Republik proklamirt worden. Die Stadt Siena hat sich dagegen für die Restauration des Großherzogs erklärt. — Miroslawski ist zum zweitenmale aus Catanea vertrieben worden. Die Königlichen Truppen rücken vor; man spricht davon, daß Palermo Friedensunterhandlungen nachgesucht habe.

Theater.

Der „Traum eines rothen Republikaners," der am Freitage zum erstenmal über unsere Bretter ging, hatte eine solche Menge von Schaulustigen angelockt, daß nicht nur alle Plätze des großen Hauses dicht besetzt waren, sondern sogar Viele, ohne ihren Zweck zu erreichen, wieder umkehren mußten. Ueber den absoluten Werth dieses satirischen Zeitspiegels wird Niemand ein Urtheil von uns erwarten; relativ betrachtet aber hat das Stück unsere nicht hochgespannten Erwartungen weit übertroffen, da der erste Act wirklich gut, der zweite sogar vortrefflich ist; der dritte und vierte Aufzug bieten bunte Tableaux dar, denen es zwar nicht an starker Uebertreibung gebricht, die aber dafür auch reich sind an ergötzlichen und pikanten Einzelnheiten; der Schluß ist durch die Anlage des Stücks bedingt und macht einen befriedigenden Effect. In Betreff der Darstellung bemerken wir, daß die Posse eigentlich nur zwei Rollen enthält, die des „Heros" und die des „Adam Rührei." Erstere wurde von unserm trefflichen Gast, Herrn Jerrmann, meisterhaft dargestellt, und letztere fand an Hrn. Echten den würdigen Repräsentanten des echten Philisterthums. Freilich hörten wir, als Herr Jerrmann donnernden Applaus erndtete, von einer Seite her Unzufriedenheit darüber äußern, daß er die Figur eines Mannes auf die Bühne versetze, welcher sich namhafte Verdienste um unsere Stadt erworben habe. Ohne letzteren irgendwie zu nahe treten zu wollen, müssen wir eine solche Ansicht doch entschieden zurückweisen, denn den Geißelhieben der Satire kann sich Niemand entziehen, der eine irgendwie hervortretende Rolle auf der öffentlichen Bühne spielt; wir halten das sogar für nothwendig, denn jedwede Zeitrichtung hat ihre Spitze, deren Lächerlichkeit dem Publikum zur Anschauung gebracht werden muß, damit es in allen Dingen das rechte Maaß halten lerne. Glaubt man gewisse Persönlichkeiten über alle Angriffe erhaben, so weist Ref. auf die zahlreichen Beispiele vom Gegentheil, welche die Geschichte darbietet, zurück. Mußte doch der Weiseste aller Weisen, Sokrates, sich es gefallen lassen, daß das gebildetste Volk der alten Welt sich weidlich an den Streichen ergötzte, die der witzigste Satiriker seiner Zeit

ihm von der Bühne herabversetzte; wir wüßten nicht, daß Sokrates dadurch irgend etwas an seinem Werthe eingebüßt hätte. Und nun gar der Demokratismus: wie kann er, der das große Wort „gleiche Freiheit für Alle" zum Feldgeschrei gewählt hat, Andern die Freiheit verkümmern wollen, seine eigenen Spitzen und Auswüchse mit scherzhafter Laune zu geißeln? Und es handelt sich hier nicht einmal um den Demokratismus, sondern um die wahnsinnigste Ausgeburt desselben, den Kommunismus, dessen utopische Theorieen nicht lächerlich genug gemacht werden können. Sahen wir doch auch andere bekannte Figuren auf der Bühne vor uns, und nicht bloß Demokraten, sondern sogar einen lehmgelben Konservativen, der selbst herzlich darüber lachte, als er bei einem Blick in die Scene in einen Spiegel zu schauen glaubte! Ref. bedauert es sogar, daß wahrscheinlich die schnelle Inscenesetzung Schuld daran ist, daß nicht noch mehr bekannte Persönlichkeiten mit glücklichem Erfolg copirt wurden. Doch genug der Reflexion darüber, wir wollen nur noch hinzufügen, daß die ganze Darstellung eine recht gelungene genannt werden darf, und daß die Posse jedenfalls noch viele Wiederholungen erleben wird, da gewiß jeder Theaterbesucher in unserer Stadt sie wenigstens einmal wird sehen wollen; wir können dazu nur aufmuntern, denn wir gestehen, daß wir herzlich gelacht haben. X.

Kunst-Notiz.

Wir machen auf ein Projekt aufmerksam, durch dessen Realisirung die Erfolge einer Methode des Zeichnens im Ganzen klar dargethan werden würden, die möglicherweise die neueren Bestrebungen der Franzosen und Engländer auf diesem Gebiet überflügeln könnten. — In Frankreich traten in neuerer Zeit die Gebrüder Dupuis mit einer neuen Zeichnen-Methode auf, und das Englische Parlament hielt diesen Gegenstand für wichtig genug, um durch einen Kommissarius Herrn Dupuis eigens von Paris nach Londnn einladen zu lassen, damit er dort seine Methode einführe und nach derselben Zeichnenschulen einrichte.

Der in diesen Blättern bereits mehrfach genannte Herr Rasche geht gegenwärtig damit um, in unserer Stadt eine besondere Zeichnen-Klasse einzurichten, in welcher er den Unterricht nach der von ihm selbst gefundenen, mit den Bestrebungen jener Franzosen zwar verwandten, gleichwohl von ihnen ganz unabhängigen Methode an 30 unbemittelte Schüler unentgeltlich ertheilen will. Für die Gründung dieser Anstalt hat Herr Rasche den Ertrag dreier Vorträge bestimmt, in denen er zu handeln beabsichtigt:

1) über die Kunst und ihre Bedeutung für Leben und Erziehung, mit besonderer Rücksicht auf die Zeichnenkunst;
2) über seine Methode des Zeichnens nach der Natur;
3) über die gegenwärtig noch gangbaren Weisen des Zeichnen-Unterrichts und die Methode der Herren Gebrüder Dupuis in Paris.

Eine Subscription auf diese drei Vorlesungen ist bereits eröffnet worden, und der gemeinnützige Zweck, der dieselbe ins Leben gerufen, macht eine recht lebhafte Betheiligung Aller wahrscheinlich wie wünschenswerth.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Jeder Deutsche Mann, welcher die stürmische Zeit im vorigen Jahre in Posen verlebt, die großen Verdienste kennt, welche Hassenkrug um seine Posener Mitbürger sich erworben, hat es gewiß auf's schmerzlichste mit mir empfunden, daß ein Schauspieler es wagen durfte, denselben am gestrigen Abend in der Posse: „Eigenthum ist Diebstahl", auf der Bühne lächerlich zu machen. In den Akten des Deutschen National-Comité's steht es protokollarisch fest, daß eines Tags der Major Reichel dort erschien und die dringende Bitte an das Comité richtete, eine Deputation an die unruhigen Arbeiter auf der Festung abzuschicken, um dieselben zur Fortsetzung ihrer Arbeit und zum Gehorsam zu ermahnen. Hassenkrug wurde Seitens des Comité's deputirt und den guten Erfolg seiner Anrede an die Arbeiter meldet der Schriftführer des Comité's in den einfach schönen Worten: „er leitete den ausgetretenen Strom der wilden Leidenschaft in das Bett ruhigen Gehorsams zurück." Dies ein großer Beweis seiner großen Verdienste. — Was man in einer Residenzstadt, wie Berlin, in Bezug auf dortige Persönlichkeiten auf der Bühne sich erlauben darf, kann in einer Provinzialstadt als taktlos angesehen werden, wenn es Personen aus derselben Stadt trifft, welche, wie Hassenkrug es wahrlich nicht verdienet, mit Karbe, Held und Consorten in eine Categorie gestellt zu werden.

Posen, den 28. April. Eli Samter.

Berliner Börse.

Den 27. April 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld
Preussische freiw. Anleihe	5	101¾	101¼
Staats-Schuldscheine	3½	80	79½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	100¼	100¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¾	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	86¼	85¼
Grossh. Posener "	4	—	96¼
" "	3½	80¾	—
Ostpreussische "	3½	90½	—
Pommersche "	3½	—	92
Kur- u. Neumärk. "	3½	93¼	—
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88¼	87¼
Friedrichsd'or	—	13 1/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12 11/12	12 1/12
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	77¼
" Prioritäts-	4	87	—
Berlin-Hamburger	4	—	83
" Prioritäts-	4½	—	91¼
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	53	—
" " Prior. A. B.	4	84	—
" " "	5	—	—
Berlin-Stettiner	4	86½	—
Cöln-Mindener	3½	—	76½
" Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	115
Niederschles.-Märkische	3½	72½	73½
" Prioritäts-	4	86½	—
" "	5	99	—
" " III. Serie	5	94	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	93½
" " B.	3½	—	93½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	50	49½
Stargard-Posener	3½	71⅞	71¼

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Gegenfrage.

Das ehrenwerthe Mitglied des Schützenvereins, von welchem die Anfrage in Nro. 95. dies. Ztg. ausgegangen ist, wird ersucht, die 5 Mitglieder, welche die preußische Kokarde aufzustecken nicht für gut fanden, in diesen Blättern namhaft zu machen.

Mehrere Mitglieder des Vereins.